

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 21690 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
Postcheckkonto Nr. 21690
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Prezuspriese: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenbezug für Deutschland, exkl. Bestellgeld, Saargebiet, Luxemburg, Dänzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Straße 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 9; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaubachstraße 25.

Chronik der Woche

Die Schechita-Frage im Gemeinderat von Paris. Paris, 28. Dezember (JTA.). Der Gemeinderat von Paris hat sich vor einigen Tagen mit der Frage der Schechita befaßt und seiner Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß vom Standpunkt der Humanität gegen die rituelle Schächtung kein Einwand erhoben werden kann. Im offiziellen Organ der Pariser Stadtgemeinde ist ein Artikel aus der Feder des Präsidenten des französischen Tierschutzvereins Dr. Foveau de Courmelles erschienen, in dem erklärt wird, daß sich auf Grund sorgfältiger Untersuchungen die jüdische Schächtmethode als die humanste Schlachtungsart erwiesen hat.

Gefahr neuerlicher Unruhen an der Wiener Handelshochschule. Wien, 25. Dezember. Infolge der vom Kuratorium der Wiener Hochschule für Welthandel verfügten Zurückziehung der vom Rektorat ausgesprochenen Anerkennung der rassenantisemitischen „deutschen Studentenschaft“ als einziger berufener Studentenvertretung besteht die Gefahr erneuten Ausbruchs antisemitischer Unruhen an dieser Hochschule. Die Hochschulbehörden sind bemüht, eine neuerliche Störung des Studienbetriebes zu verhindern.

Professor Einstein Lektor der Rhodes-Stiftung für 1931. London, 28. Dezember (JTA.). Professor Einstein hat die Einladung des Vizekanzlers der Rhodes-Stiftung, zu Pfingsten 1931 die Rhodes-Gedenkvorlesungen an der Universität zu Oxford zu halten, angenommen. Den Bestimmungen des Regulativs der Rhodes-Stiftung zufolge wird Professor Einstein während des kommenden Sommersemesters in Oxford seinen Wohnsitz nehmen.

Die Institution der Rhodes-Gedenkvorlesungen wurde von der Rhodes-Stiftung auf Grund testamentarischer Bestimmungen des im Jahre 1902 verstorbenen berühmten südafrikanischen Staatsmanns, Ministerpräsidenten der Kapkolonie und Gründers von Rhodesia Cecil John Rhodes geschaffen. Das Lektorat wird jährlich einer gewöhnlich außerhalb Englands lebenden Persönlichkeit von hervorragender Bedeutung im öffentlichen Leben, in der Wissenschaft, in Literatur oder Wirtschaft verliehen.

Professor Einstein bei der Chanukkah-Feier der New-Yorker Zionisten. — 15 000 Teilnehmer. New York, 26. Dezember (JTA.). Die diesjährige Chanukkah-Feier der New-Yorker Zionisten wurde unter Teilnahme von ungefähr 15 000 Personen in Madison Square Garden abgehalten. Unter den Festgästen befand sich auch Professor Albert Einstein, der bei seinem Erscheinen auf dem Podium mit stürmischen Ovationen begrüßt wurde. Einstein hielt eine kurze Ansprache, in der er erklärte, die Juden müßten in dieser Stunde, da sie in feierlicher Weise der Makkabäer gedenken, auch dessen eingedenk sein, daß Zeltten kommen und gehen, das jüdische Volk aber bestehen bleiben müsse. Der Präsident der Zionistischen Organisation von Amerika, Robert Szold, gab einen kurzen Überblick über die gegenwärtige politische Lage im Zionismus. Der Rest des Abends war durch künstlerische Darbietungen von Kantor Joseph Rosenblatt, der berühmten jüdischen Sängerin Mally Picon und des Filmdarstellers R. J. Vallee ausgefüllt.

Einstein Gast des Präsidenten des Staates Panama. Pasadena, 28. Dezember (JTA.). Prof. Albert Einstein wurde bei seinem Eintreffen auf dem Dampfer „Belgenland“ im Staate Panama am Kai von General Galindo und anderen hohen Persönlichkeiten der Regierung empfangen. Am Nachmittag gab der Präsident von Panama Arosema einen Empfang zu Ehren Einsteins.

Verhandlungspause

Nicht nur die langwährenden Weihnachtsferien in England sind der Grund, warum die Verhandlungen der Jewish Agency mit dem Ausschuß des englischen Regierungskabinetts über Modifikationen des Weißbuches eine Unterbrechung erfahren haben. Genauer ausgedrückt: Man kann sagen, daß die Weihnachtsferien beiden Parteien in dieser Frage eine willkommene Gelegenheit gegeben haben, um sich die gesamte Situation noch einmal klar zu überlegen. Hierbei spielen nicht nur für England, sondern auch für die Vertreter der Jewish Agency ausser den unmittelbar mit dem Weissbuch zusammenhängenden Fragen auch die Gegebenheiten der allgemeinen Situation in der Welt eine Rolle. In viel stärkerem Grade als es in Reden und Aufsätzen zum Ausdruck kommt, bestimmt die furchtbare Wirtschaftskrise die Gestaltung aller politischen Maßnahmen in der ganzen Welt. Die Weltkrise, auf die Juden bezogen, ist besonders schwer, und ob man von ihr in erster Linie spricht oder ihrer nur hin und wieder mit einem tiefen Seufzer Erwähnung tut, sie überschattet alle Verhandlungen und alle politischen Entschlüsse. Man kann geradezu von einem wirtschaftlichen Chaos in der Welt sprechen, und in chaotischen Zeiten fällt es schwer, Dinge klar zu sehen, und selbst nur eine kurze Wegstrecke in eine nahe Zukunft zu überblicken.

Warum soll man sich in England mit Palästina so beeilen, wo man mit viel dringenderen und ebenso unangenehmen Problemen alle Hände voll zu tun hat? Schließlich hängt die Araber-Politik in Palästina mit dem gesamten vorderen Orient, teilweise auch mit der Stellung Englands zu den mohammedanischen Teilnehmern der indischen Konferenz zusammen, die leider größere Zugeständnisse verlangen als sich mit der Rücksichtnahme Englands auf die nichtmohammedanischen Inder vereinbaren läßt. Deswegen kommt es der englischen Regierung recht gelegen, vor einer definitiven Antwort an die Jewish Agency erst die Resultate der Debatte mit den Indern abzuwarten, wohl auch in der Hoffnung, daß sich bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf jüdischer Seite eine gewisse Beruhigung einstellen wird. Trotzdem werden auch bis dahin nur wenige Juden einzusehen vermögen, warum man die palästinensischen Araber, die doch Träger der alten islamitischen Kultur sind, mit den Negern Rhodesiens vergleicht, die durch ein englisches Gesetz vor den ausbeutenden Weißen geschützt werden sollen. Eine derartige Folgerung aus der sozialen Revision des englischen Kolonialsystems wird auch den Arabern wenig sympathisch erscheinen. Leider aber sind derartige Ansichten charakteristisch für die Einstellung vieler englischer Politiker.

Trotz ihres Unwillens über die Verhandlungen der englischen Regierung mit den Zionisten, werden die Araber doch jetzt sehr erfreut sein, bald direkt aus Haifa mit guten Petroleumprodukten beliefert zu werden. Denn es ist den Arabern sehr angenehm, die Segnungen und den Schutz einer geordneten Regierung voll zu genießen. Im Grunde ist ihnen schon heute die gut bewährte, von ihnen aber in Erklärungen nicht anerkannte kolonialisatorische Mithilfe der Juden garnicht so unerwünscht. Jetzt, wo die Araber von dem Zufall profitieren, der sie in ein weltpolitisches Interessenzentrum hineingerückt hat, können sie sich den Luxus gestatten, so zu tun, als ob sie die Juden garnicht nötig hätten. Immer wieder zeigt es sich, daß die Wünsche der Araber und Juden keineswegs so entgegengesetzt sind als sie dem oberflächlichen Betrachter erscheinen. Leider ist das beiderseitige Mißtrauen noch immer größer als das Bewußtsein der wirklichen Notwendigkeit gegenseitiger Ergänzung.

Daß auch die englische Regierung die Bedeutung des Widerstandes der Juden gegen eine fortschreitende Entrechtung des Zionismus nicht unterschätzt, zeigt sich in der Geneigtheit, den Antrag Kenworthys auf Übertragung der obersten Leitung der Palästina-Politik an das englische Außenamt in Erwägung zu ziehen. Es ist zwar zweifelhaft, ob eine derartige Maßnahme eine Richtungsänderung der englischen Politik in Bezug auf Palästina zur Folge haben wird, aber damit würde doch stärker der Tatsache Rechnung getragen sein, daß Palästina keine englische Kolonie ist, sondern ein Mandatsland, bei dem die Befugnisse der Mandatarmacht in gewissem Sinne beschränkt sind.

Wenn man in den letzten Tagen wieder, wenn auch nicht von offizieller Seite, von einer Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes sprach, so bewies das, daß der Stand der bisherigen Londoner Verhandlungen nicht günstig ist. Was auch der Kern dieser Gerüchte sein mag, auf jeden Fall beweisen sie, daß die maßgebenden jüdischen Persönlichkeiten auf ihrem Standpunkte beharren. Überhaupt haben die gemeinsamen Enttäuschungen der letzten Zeit viel zur Annäherung früher differierender Meinungen beigetragen. Das kann als ein günstiges Moment für den kommenden Zionistenkongreß gewertet werden. Der Kongreß wird wohl kaum über Verhandlungsergebnisse zu beraten haben. Bleibt die Frage, ob seine Abhaltung unter diesen Umständen der Sache Palästinas nützen kann. Man müßte sich überlegen, ob es nicht besser wäre, ihn trotz aller bisherigen Vorbereitungen zu verschieben.

Wir fordern Antwort!

Die Ausführungen in den Nummern 49, 50 und 51 unseres Blattes sind den Vertretern der demokratisch-orthodoxen Fraktion sehr nahe gegangen (s. Gemeindegemeinschaftsbericht auf Seite 3). Kein Wunder, fühlen sie doch ein Unrecht begangen zu haben, das ihnen die Gefolgschaft ihrer Wähler kosten wird. Hierbei klammern sich die Herren an das Wörtchen „Schachergeschäft“. Mag sein, daß dieses Wort nicht die Gründe des Verrats wiedergibt. Doch darauf kommt es nicht an. Worauf es ankommt, das haben wir bis heute nicht erfahren. Wir zweifeln nicht an den moralischen Qualitäten der Liberalen, zweifeln aber daran, daß sie von sich aus bereit sind, ein Unrecht gutzumachen, sonst könnten sie unmöglich das Wahlrecht dulden. Noch nie haben die Liberalen sich für moralisch verpflichtet gefühlt, für Dinge einzutreten, die außerhalb ihrer „liberalen“ Interessen liegen. Auf der letzten Gemeindegemeinschaft erwarteten wir aufschlußreiche Dinge zu hören. Die Liberalen versagten es sich, zu sprechen. Herr Kestenbaum wollte sprechen — und durfte es anscheinend nicht. Diesen Eindruck gewann man, als der Vorsitzende, Herr Goldschmidt, ihn bei Beginn seiner Ausführungen unterbrach. Wollte Herr Kestenbaum etwa aus der Schule plaudern? Und was Herr Hodcs erzählte, wußten wir bereits aus den Berichtigungen.

Herr Hodcs beschuldigte uns auf der letzten Gemeindegemeinschaft der infamen Verleumdung. Wenn wir hinter dem Verrat der orthodoxen Vertreter der demokratisch-orthodoxen Fraktion, die bisher vorgaben, in dem Punkte der Wahlrechtsfrage mit der Volkspartei einer Meinung zu sein, ein Schachergeschäft vermuteten, so kann uns kein Mensch daran hindern. Sollte diese Vermutung in dem von uns bezeichneten Zusammenhang nicht richtig sein, so bleibt die Tatsache des Verrats bestehen. Aber das Recht, die Gründe des Verrats aufzudecken, lassen wir uns nicht nehmen. Die Aufregung der Demokraten-Orthodoxen ist uns unverständlich. Wenn sie aber glauben, ihrer Wut dadurch Luft zu machen, daß sie uns „infame Verleumdung“ vorwerfen, dann werden sie uns diese „infame Verleumdung“ nachweisen müssen. Wenn sich die Herren der demokratisch-orthodoxen Fraktion beleidigt fühlen, dann steht es ihnen frei, uns vor den Richterstuhl zu zitieren. Wenn sie aber mit Beleidigungen antworten, dann werden wir auf unserer Meinung beharren. Wir haben ein sehr reines Gewissen und fürchten absolut keine Drohungen.

In Nr. 51 des Gemeindeblattes, unter Eingesandt, nahm zu diesen Dingen, im Auftrage der demokratisch-orthodoxen Fraktion, Herr Goldrei Stellung. Unter anderem war da zu lesen:

Daß sich die Vertreter der Orthodoxie der Demonstration der Volkspartei nicht angeschlossen haben, geschah lediglich aus der Erwägung heraus, daß derartige Aktionen nur Verbitterung schaffen, niemals aber die Gegner des gleichen Wahlrechts von der Berechtigung der Forderung nach Gleichstellung aller Mitglieder der jüdischen Gemeinde überzeugen können.

Die ungeheuerliche Behauptung von der „Verschacherung des allgemeinen Wahlrechts“ durch die Vertreter der Orthodoxie wird wohl jeder gerade denkender Mensch ohne weiteres als das auffassen, was sie in Wirklichkeit ist — als ein durchaus unjüdisches und unfaires Agitationsmittel, das jede jüdische Partei verabscheuen sollte. Daß sie der Wahrheit nicht entspricht, wird in aller kürzester Zeit an offizieller Stelle der jüdischen Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Nur der Ernst der Zeit hält die Angegriffenen davon zurück, die Urheber und Verbreiter dieser Unwahrheit vor dem entsprechenden Forum zur Rechenschaft zu ziehen. Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß Wiederholungen und weitere Verbreitung dieser Unwahrheiten nicht mehr erfolgen werden, nachdem deren Unrichtigkeit festgestellt ist; wir würden uns sonst genötigt sehen, trotz der uns zurückhaltenden Erwägungen die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Unser Blatt ist kein offizielles Organ der Volkspartei. Wir treten für Recht und Aufrichtigkeit ein und führen keinen Kleinkrieg mit unfairen Agitationsmitteln für eine Partei. Mit welchem Recht aber kann Herr Goldrei im Auftrage der demokratisch-orthodoxen Fraktion eine Berichtigung veröffentlichen, die den Eindruck erweckt, als wenn diese Fraktion für das gleiche Wahlrecht einträte. Herr Rosenfelder ist ein offizieller Gegner des Wahlrechts und Herr Hodcs ein halber (bei den Abstimmungen auf der vorletzten Sitzung hat er einmal für und einmal dagegen gestimmt). Und Herr Stein hat es, klugerweise wohl, vorgezogen, zu den letzten Sitzungen überhaupt nicht zu erscheinen oder zumindest seine Meinung öffentlich bekanntzugeben.

Unsere Geduld ist zu Ende!

Von Elieser Schächter

Wir leben in einem Staate, der zumindest in seiner Verfassung eine demokratische Republik ist. In den Verordnungen und Erlässen ist die Demokratie zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Auch die Frage der Gleichberechtigung der Ostjuden in der jüdischen Gemeinde ist für den Geltungsbereich des preußischen Judengesetzes von 1847 sogar schon seit dem Jahre 1914 durch eine Ministerialentscheidung zugunsten der Ostjuden erledigt. Außer dem Geltungsbereich des preußischen Judengesetzes gibt es aber noch eine ganze Reihe von Landesteilen und Ländern, wie Hannover, Gotha, Bayern usw., eine kunterbunte Landkarte, wo noch immer eine kleine Klique in der Lage ist, einen rechtlichen Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden machen zu können. Jedoch der bei weitem rückständigste Bezirk in Deutschland ist in dieser Hinsicht der Freistaat Sachsen! Die hellen sächsischen „Liberalen“ haben seit der Revolution in den mittelalterlichen Staatsrechtsquellen herumgestöbert, um raffinierte Systeme zur Entrechtung der Ostjuden auszuklügeln. Der ganze Plunder wurde aus der Rumpelkammer hervorgeholt: Kuriensysteme, Numerus clausus, Karenzfrist, Zensus und dergleichen demokratische Systeme mehr, um in dem „Frei“staat den Ostjuden ihre Rechte zu nehmen und ihnen nur ein Recht zu lassen: Steuern zu zahlen.

OTTO MEISSNER & CO.
Universitätsstraße 3
Spezialgeschäft
für Drogen
Parfümerien,
Schwämme

In ihrem krampfhaften Verharrenwollen auf den Machtpositionen scheuten die Liberalen sogar davor nicht zurück, den Staat auf die Gefahr der ausländischen Juden hinzuweisen. In der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfes über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften (zu der leider die jüdische Gemeinde fälschlich gezählt wird) heißt es, daß der Verband der israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen die Regierung darauf hingewiesen hat (also der Regierung die Belehrung erteilt), „daß es ein unmöglicher Zustand wäre, wenn Ausländer mit der Verwaltung von Ämtern betraut werden sollten“. Wörtlich heißt es dann: „Der Verband (der israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen) fordert sogar eine Vorschrift, daß auch die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen müßten. So weit will jedoch die Vorlage nicht gehen.“ (Vorlage 232 des Sächs. Landtages, Seite 20.) Man bedenke, soweit wie die lächerlichen Überpatrioten gehen wollten, wollte die Regierung nicht gehen!

Und so haben es die ehrenwerten Dunkelmänner erreicht, daß wir in Sachsen ein so famoses Wahlrecht haben, wonach in Leipzig z. B. knapp 3000 wahlberechtigte Inländer 25 Vertreter, über 6000 wahlberechtigte Ausländer nur 8 Vertreter wählen dürfen. Ganz drastisch kam die anmaßende Unverschämtheit der Machthaber bei der letzten Teilwahl zur jüdischen Gemeinde in Leipzig zum Ausdruck. Es ist unmöglich all die beschämenden und die komischen Szenen, die sich bei der Karikierung des Wählerwillens zugetragen haben, hier wiederzugeben. Angefangen bei der durch nichts berechtigten, unterschiedlichen Bewertung der reichsjüdischen und ostjüdischen Stimmen, in einem Verhältnis wie eins zu sieben, bis hindurch durch das Gewirr der x Akte des Wahlmechanismus: nichts als eine große Grotteskodie einer Zerrbilddemokratie. Das Wahlgemetzelt zum Bersten angefüllt (vier Parteien bewarben sich um die zwei zu wählenden Ostjuden!) mit widrigen Kuriositäten, würdig, auf den größten Messen und Jahrmärkten gezeigt, im Folterkabinett des Geistes, zum Grausen

Herr Goldrei! Wenn man ein Haus baut, muß man ein Fundament haben. Das Fundament einer geordneten jüdischen Gemeinde ist das gleiche Recht ihrer Mitglieder. Dafür kämpft die Volkspartei und die Poale Zion. Sie aber sabotieren diesen Kampf in Gemeinschaft mit Männern, die zu ihrer Gesinnung passen wie die Faust aufs Auge. Wir sind nicht so geschmacklos, Männer in der Öffentlichkeit anzugreifen, die wir unbedingt schätzen. Wenn wir es dennoch tun, tun müssen, so geschieht das keineswegs aus Agitationsucht, sondern aus purer Notwendigkeit. Wir schätzen Sie, Herr Goldrei, als einen aufrechten Menschen. Aber Sie begehen einen Fehler. Sie kämpfen gegen, statt mit uns. Sie glauben, daß die Demonstration der Volkspartei Verbitterung schafft. Wie können

kommender Geschlechter aufbewahrt zu werden. Der Ungeist tobte sich in einem wilden Karneval gegenseitigen Plagiats der Versprechungen aus. Unter diesen Versprechungen befand sich auch eine des damaligen Sprechers der Liberalen, Herrn Dr. Wohriczek, der auf einer öffentlichen Versammlung erklärte, daß im Laufe der Zeit das jetzige Wahlsystem zugunsten der Ostjuden geändert werden wird.

Nun, Herr Dr. Wohriczek ist nicht mehr der Sprecher der Liberalen. Aber man sollte glauben, daß die Liberalen die moralische Pflicht erfüllen und das gegebene Versprechen in irgend einer Weise einhalten werden. Aber sie dachten gar nicht daran. Jedesmal, wenn die Frage des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung der Verordnetenversammlung kam, führten sie lendenlahme und lächerliche Motive für ihr starrsinniges Verhalten an.

Auf der am 1. Dezember stattgefundenen Gemeindegemeinschaft, wo die Vertreter der Volkspartei und der Poale Zion den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts stellten und Herr Tumpowsky sogar soweit ging, einstweilen nur eine Kommission zur Beratung dieser eminent wichtigen Frage zu fordern, besaßen die liberalen Machthaber die Zynik, mit einer kurzen nichtssagenden Resolution zu antworten, ohne mit einem Worte auf dieses berechtigte Verlangen des überwiegenden Teiles der jüdischen Bevölkerung einzugehen.

Es ist daher nicht mehr als selbstverständlich, daß die Vertreter der Volkspartei und der Poale Zion zu der am 18. Dezember stattgefundenen Gemeindegemeinschaft die Erklärung zukommen ließen, daß sie infolge des ablehnenden Beschlusses der vorigen Sitzung über die Einsetzung einer Kommission zur Beratung über eine Änderung des Wahlrechts ihre Ämter zur Verfügung stellen.

Es ist auf die Dauer unmöglich, die Verantwortung für ein Kollegium zu haben, wo die zu Unrecht gewählte Verordnetenmehrheit mit einem Fetzen Papier auf die berechtigten Forderungen der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Leipzig antworten zu können glaubt.

Wir wissen zwar nur zu gut, daß in der heutigen Jammerwelt, in der wir leben, die sozialen Ideale des Rechtes, des Guten und der solidarischen Gemeinschaft aller Menschen nur blutlose Schemen bleiben müssen. Solange die Unterdrückung einer ganzen Menschenklasse als System angesehen wird, sind alle schönen Worte von Gleichheit und Gerechtigkeit, die vom Munde der Unterdrückten zu hören sind, nichts anderes als hohle Phrasen. Deshalb kann der Kampf gegen die allgemein herrschende Ungerechtigkeit innerhalb der jetzt bestehenden „Ordnung“ nie von vollem Erfolg gekrönt sein. Das heißt aber nicht die Hände in den Schoß legen und die wahre Gerechtigkeit abwarten. Sie muß erkämpft werden. Der Weg für sie muß gebahnt werden. Vor allem auch dadurch, daß man immer wieder den Widerspruch zwischen der Wirklichkeit und der Schönrederei aufzeigt und ihn im Bewußtsein der Massen wach hält. Durch diese Aufklärungsarbeit, durch das öftere Hinweisen auf die Heuchelei derjenigen, die Liberalismus und Demokratie stets im Munde führen, wird aber auch der Mantel ihrer Ausreden, in den sie ihre wahre Gestalt hüllen, immer mehr zerfasert, bis eines Tages auch der kurzichtigste sie in ihrer nackten Zynik sehen kann.

Nackt und jeder Begründung bar stehen nunmehr die Liberalen vor dem Forum der Öffentlichkeit. Die Liberalen, die bei jeder Versteigerung alte und abgelegte Ideologien für ihr Programm zu erstehen suchen, haben ihr Aushängeschild mit „Konfession“ und „Religion“ geschmückt. Aber auf die Dauer

**Eisenschränke
Küchenmöbel
BERNDT, LAX & Co.
Thomasgasse 6**

Sie eine solche Behauptung wagen? Schuld an der Verbitterung sind die Liberalen und einige Herren Ihrer Fraktion. Wir fordern Ehrlichkeit, auch im Kampfe. Sie wissen genau, daß, außer der Demonstration, bisher jede Methode des Kampfes vergebens war. Sie wissen genau, daß die Liberalen es auf jede Kraftprobe ankommen lassen wollen. Sie wissen aber auch, daß der Kampf jetzt in eine entscheidende Phase getreten ist. Und statt, daß Sie sich auf seiten derjenigen stellen, denen Unrecht zugefügt wird, die verbittert sind, fallen Sie uns in den Rücken und paktieren in einer Fraktion mit „Demokraten“, die gleichfalls zu unseren Gegnern zählen.

Können Sie uns die Gründe Ihrer Handlungsweise erklären, Herr Goldrei? A. L.

konnter
schen,
der Mel
Religio
terschie
ländisch
Zuziehe
Mitglied
nach ei
Aber
ihren V
Wahrun
Tellerle
Zusamm
die orth
die Ka
Wahlre
welcher
Bänke
spreche
Wahlre
vorigen
allen in
setzend
Wahlre
zweiten
nicht m
dann d
des „
Orthod
des Wa
den“, b
Handlu
rung w
einen
Entrec
bleibe

Der
die Si
Volksp
zu der
Gemei
Kennt
Mande
Mehr
lichen
Der V
nieder
satzun
oblieg
Schrei
chung
sein r
nahme
Sod
Herrn
demol
wird o
erklä
tion
gibt I
der u
dieser
Bei
Brel
Steu
Zeit
Reich
werde
Defiz
baum
der V
geber
ohne
Gutt
entst
Steu
sich
wird

konnten sie die Massen darüber nicht hinwegtäuschen, daß der Raub an den primitiven Rechten der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung nichts mit Religion zu tun hat. Die Religion kennt keinen Unterschied zwischen einem inländischen und ausländischen Juden! Nach jüdischem Recht ist der Zuziehende nach dreißig Tagen vollberechtigtes Mitglied der Gemeinde, Steuern braucht er erst nach einem Jahre zu zahlen.

Aber auch die Orthodoxen werden auf die Dauer ihren Wählern nicht einreden können, daß sie zur Wahrung der religiösen Belange auch fernerhin die Tellerlecker bei den Liberalen sein müssen. In diesem Zusammenhange ist es vollständig gleichgültig, ob die orthodoxischen Vertreter nur des Dajens wegen die Kampfesfront zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts durchbrochen haben oder aus sonst welchen Gründen. Tatsache bleibt, daß sie des Bänkels willen ihr vor den Wahlen gegebenes Versprechen, sich in allem Ernst für das allgemeine Wahlrecht einzusetzen, nicht einhalten. Als im vorigen Jahre auf Initiative der Poale-Zion ein aus allen in Frage kommenden Parteien sich zusammensetzender Ausschuß zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts gebildet werden sollte, waren es die orthodoxischen Vertreter, welche schon auf der zweiten Sitzung erklärten, daß sie diese Aktion nicht mitmachen könnten. Was für einen Wert man dann der Erklärung des Herrn Goldrei (in Nr. 51 des „Gemeindeblatt“), „daß die Vertreter der Orthodoxie immer und überall (!) für die Abänderung des Wahlrechts eingetreten sind und eintreten werden“, beimessen kann, ergibt sich nach einer solchen Handlungsweise von selbst. Die jüdische Bevölkerung wird und muß es einsehen, sofern sie noch einen Funken Ehre im Leibe hat, daß sie dieser Entrechtung gegenüber nicht ewig gleichgültig bleiben kann.

Auf die berechnete Forderung der „Volkspartei“ und der Poale-Zion haben die Liberalen mit einem Fetzen Papier geantwortet. Sie haben einen offenen Kampf provoziert. Nun soll er beginnen! Und wenn es auch die nichtjüdische Öffentlichkeit erfährt. Wir haben uns nicht zu fürchten. Wir wollten nicht den Kampf. Wir wollten bloß das uns rechtlich und moralisch zustehende Recht. Wir haben uns auch eines solchen offenen Kampfes nicht zu schämen! Sollen sich die schämen, die es wagen, nach außen

hin Gleichberechtigung aller Bürger zu verlangen und krampfhaft dieses Recht ihren eigenen Brüdern selbst vorenthalten. Sollen sich diejenigen schämen, die Freiheit predigen und unterdrücken, das Sittengesetz der Juden preisen und es mißachten!

Das Bewußtsein, daß wir im Recht sind, wird uns nicht ruhen lassen. Wir werden die zuständigen Stellen fragen, ob sich die Entrechtung ausländischer Juden mit Paragraph 135 der Reichsverfassung verträgt, der allen Bewohnern volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert, und ob es deshalb zulässig ist, eine Gruppe von Gemeindegossen vom Mitbestimmungsrecht auszuschließen resp. sie in diesem zu beschränken, ob nicht das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde ein mit der Gemeindegliederung ideales Recht, ein unentziehbares Mitgliedschaftsrecht ist, wie der preußische Minister des Innern und das Oberverwaltungsgericht entschieden haben; ob ein Grund vorliegt, die Frage in Sachsen rechtlich anders zu beurteilen als in Preußen. Wir werden die jüdische Bevölkerung aus ihrer Lethargie wachrütteln und sie mit unermüdlicher Zähigkeit zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker rufen.

Unsere Geduld ist zu Ende! Es ist Zeit, zu handeln!

Zwei jüdische Unterstaatssekretäre im französischen Kabinett. Paris, 28. Dezember (JTA.). Trotz der lebhaften Kampagne, die die nationalistische Presse Frankreichs gegen den Plan geführt hat, Jacques Stern, der ein aus Deutschland gebürtiger Jude ist, in die neugebildete französische Regierung aufzunehmen, ist dieser definitiv zum Marineunterstaatssekretär ernannt worden. Unterstaatssekretär Stern ist neben dem Handelsstaatssekretär Leon Meyer das zweite jüdische Mitglied des Kabinetts Steeg.



Gemeindegemeinschaft vom 18. Dez.

Der Vorsitzende, Herr Goldschmidt, eröffnet die Sitzung und verliest ein Schreiben, das die Volkspartei und der Vertreter der Poale Zion, die zu der Sitzung nicht mehr erschienen sind, an den Gemeindevorstand richteten. Dasselbe gibt davon Kenntnis, daß die Vertreter beider Parteien ihre Mandate niederlegen, im Anschluß daran, daß die Mehrheit der Gemeindevertretung sich einer gütlichen Regelung der Wahlrechtsfrage widersetze. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Amtsniederlegung, laut §§ 11 und 14 der Gemeindegemeinschaften, der Zustimmung der Gemeindevertretung obliege. Herr Guttmann (Lib.) bemerkt, daß dieses Schreiben überraschend komme und eine Besprechung hierüber einer späteren Sitzung überlassen sein möge. Dieser Antrag findet einstimmige Annahme.

Sodann will der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Kestenbaum über seinen Austritt aus der demokratisch-orthodoxen Fraktion verlesen. Er wird dabei von Kestenbaum unterbrochen, welcher erklärt, seinen Austritt aus dieser Fraktion wieder zurückgezogen zu haben. Dann gibt Herr Hodes eine Erklärung für Herrn Eitingon, der übrigens an der Sitzung teilnimmt, ab, daß dieser aus der Volkspartei ausgeschieden sei.

Bei Eintritt in die Tagesordnung begründet Herr Breslauer die Notwendigkeit der Erhöhung des Steuersatzes. Trotz der wirtschaftlich schweren Zeit müsse der Steuersatz auf 14 Proz. von der Reichseinkommensteuer (bisher 12 Proz.) erhöht werden, obwohl auch bei diesem Satz mit einem Defizit von 60000 RM. zu rechnen sei. Herr Kestenbaum spricht sich gegen diese Erhöhung aus, damit der Volkspartei nicht die Agitationsmöglichkeit gegeben werde, zu sagen, daß diese Steuererhöhung ohne ihre Anwesenheit beschlossen wurde. Herr Guttmann glaubt, angesichts des 150-200000 RM. entstehenden Defizits, die Verantwortung der Steuererhöhung gerechtfertigt zu finden. Nachdem sich auch Herr Gottlieb für die Erhöhung einsetzt wird der Antrag des Finanzausschusses mit allen

gegen Kestenbaums Stimme angenommen.

Zum Punkte Friedhofsordnung nimmt Herr Markendorf Gelegenheit, sich dagegen zu wenden, daß Frauen Trauerreden halten dürfen. Es wird beschlossen, darüber Auskünfte bei einigen Einheitsgemeinden einzuziehen. Herr Dr. Löwenstein ersucht, in Ausnahmefällen Friedhofsbesuche am Samstag zu gestatten. Es entspinnt sich hierüber eine ausgedehnte Diskussion. Beschlossen wird, das Rabbinat zu befragen. Nachdem noch über den Punkt der Tagesordnung weitschweifige Debatten geführt werden, wird derselbe zum Schluß en bloc angenommen.

Alsdann berichtet Herr Gottlieb, daß man bei der Zentral-Wohlfahrtsstelle einen Kredit von 15000 RM., vorläufig auf zwei Jahre bei 5 Proz. Zinsen, bekommen und künftig die Darlehen der Darlehenskasse auf 1500 RM. erhöhen kann. Der Antrag, ob der Kredit in Anspruch genommen werden soll, findet einstimmig Annahme. Bei dem Antrag, ob die Höchstgrenze der Darlehen auf 1500 RM. festgesetzt werden soll, fragt Herr Rosenfelder, ob die Mandatsniederlegung der Volkspartei auch mit der Niederlegung ihrer Ämter in den Ausschüssen verbunden ist. Obwohl diese Frage vom Vorstand verneint wird, fühlt sich Herr Gottlieb zu dem bemerkenswerten Zwischenruf veranlaßt: Es geht auch ohne die Herren, vielleicht auch besser!

Der Antrag selbst wird einstimmig angenommen. Über das Jugendheim berichtet Herr Goldschmidt, daß der Vertrag mit dem Besitzer des Grundstücks in der Elsterstraße abgeschlossen worden sei. Die jährlichen Zuschüsse für die Jugendbünde seien auf 3900 RM. festgesetzt. Dafür müssen die Jugendbünde die Mieten eintreiben. Weiterhin stellte der Jugendbund die Bitte, einen einmaligen Übergangsbetrag von etwa 1600 RM. zu bewilligen. Auch darüber wird eine fruchtlose Debatte geführt, die zur einstimmigen Annahme des Antrages einer einmaligen Beihilfe führt.

Pathetisch ergreift sodann Herr Hodes

das Wort und beschuldigt das Allgemeine Jüdische Familienblatt, einen Punkt der letzten nichtöffentlichen Sitzung entstellt in die Öffentlichkeit gezerrt zu haben. Es wäre nötig, die Schweigepflicht aufzuheben, damit den Anschuldigungen des AJF. entgegengetreten werden kann. Dabei verliest Herr Hodes den Aufsatz des AJF. in Nr. 50 „Warum die Orthodoxen den Kampf um das Wahlrecht verraten haben“ und bezeichnet die Angaben darin als infame Verleumdung.

Auch Herr Goldschmidt verliest eine Stelle aus dem in Nr. 51 folgenden Aufsatz. Es herrscht einmütiges Einverständnis, die Schweigepflicht aufzuheben und den Sachverhalt in der nichtöffentlichen Sitzung klarzustellen. Zu dieser Klarstellung ergreift Herr Kestenbaum das Wort, wird aber, nachdem er kaum zu sprechen begann, von dem Vorsitzenden unterbrochen, mit dem Hinweis, daß diese Ausführungen nicht hierher gehören.

Die Erklärungen des Herrn Hodes besagen nur, daß es sich um kein Schachergeschäft gehandelt habe. Den Liberalen wären nur Bedenken gekommen, daß sie mit der Gehaltskürzung dem Dajan ein Unrecht zugefügt hätten. Moralische Bedenken hätten also die Liberalen veranlaßt, den Antrag auf Gehaltserhöhung zu stellen, der den demokratisch-orthodoxen Vertretern ganz überraschend gekommen wäre.

Da zu diesem Punkte keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird zur Protokollverlesung geschritten, der eine nichtöffentliche Sitzung folgt.

Verband Jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit. Die nächste Arbeitsgemeinschaft findet am Mittwoch den 7. Januar um 11 Uhr statt. Thema: Aktuelles aus den jüdischen Pressen. Referentin: Frau Hadassa Chammizer.

Zionisten-Revisionisten Ortsgruppe Leipzig. Unser nächster Diskussionsabend findet am Mittwoch den 7. Januar pünktlich abends 8.30 Uhr im KIV-Heim (Haus Wettin) Karolinenstr. 5. statt. Herr Max Weisenfreund spricht über die Aufgaben der jüdischen Jugend. Gäste willkommen.

LEIPZIGER JUDEN!

Der Zionistenkongreß steht vor der Tür. Wer für jüdische Erneuerung ist, wer den Aufbau Palästinas tatkräftig unterstützen will, wer besonders in diesem Augenblicke gegen das englische Unrecht protestieren will, wer für jüdisches Recht kämpft,

der kaufe den Schekel für sich und seine Angehörigen!

Nur der Besitz eines Schekels gewährleistet das Wahlrecht zum Kongreß.

Leipziger Juden, kauft in letzter Stunde den Schekel!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG LEIPZIG

Allgemeine Zionisten Leipzig / Radikale Zionisten Leipzig / Zionisten-Revisionisten Leipzig
Poale Zion Leipzig / Misrahi Leipzig

Copyright by Desertheld
& Co. Verlag Berlin, W 15

Dreyfus

von Walter Steintal

15. Fortsetzung

Das neue Kriegsgericht.

Am 5. Juni 1899, viereinhalb Jahre nach Beginn der Deportation, erlebt Dreyfus seine Stunde. Der Überwachungschef reißt die Tür auf und überreicht ihm folgendes Telegramm:

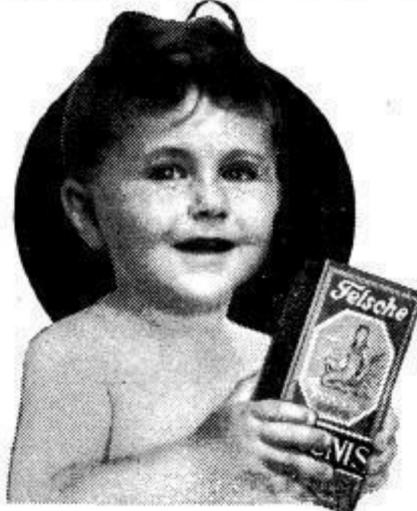
„Bitte dem Hauptmann Dreyfus unverzüglich folgende Verfügung des Kassationshofes mitzuteilen. Das Gericht kassiert und annulliert das Urteil des ersten Kriegsgerichts des Militär-Gouvernements Paris vom 22. Dezember 1894 gegen Alfred Dreyfus und verweist die Sache zu erneuter Verhandlung an das Kriegsgericht von Rennes. Kraft dieses Beschlusses ist Hauptmann Dreyfus nicht mehr als Deportierter zu behandeln, sondern wird einfacher Angeklagter. Er ist wieder in seinen Offiziersgrad einzusetzen und darf die Uniform anlegen. Löschung im Gefangenenbuch und Zurückziehung der militärischen Überwachung ist durch die Strafverwaltung anzuordnen. Der Angeklagte ist dem Gewahrsam des Truppenkommandanten zu übergeben. Mit der Überwachung ist die Gendarmerie gemäß den gewöhnlichen Vorschriften über Militärgefangene zu betrauen. Kreuzer „Sfax“ verläßt heute Port de France mit Order, den Angeklagten von der Teufelsinsel abzuholen und nach Frankreich zu bringen.“

Die Kammer votierte die Affichage des Revisionsbeschlusses, aber nicht alle Bürgermeister leisteten Folge. Im Lager der Antirevisionisten wechselte dumpfe Verbissenheit mit hemmungslosen Ausbrüchen. Am Tage nach dem Spruch des Kassationshofes stürmten ein paar Aristokraten die Tribüne des neuen Präsidenten der Republik, und einer von ihnen, den Baron Christiani, seiner Sinne nicht mehr mächtig, traktierte das Staatsoberhaupt mit Stockschlägen.

Esterhazy, inzwischen der Unterschlagung von Verwandtengeldern bezichtigt, war, auf Ersuchen des Strafsenats, unter freiem Geleit zu einer Vernehmung nach Paris gekommen. Nach London zurückgekehrt, ließ er sich vom „Matin“ interviewen und gab rückhaltlos zu, das Bordereau geschrieben zu haben. Dem Geständnis hingte er, ganz in seinem gewohnten zynischen Stil, einen Kommentar an, durch den er eine Spezialsensation servierte: er habe das Dokument seinerzeit im Auftrage des Nachrichtenchefs de Sandherr hergestellt, der etwas Greifbares gegen Dreyfus benötigte...

Der Kriegsgerichtsprozeß von Rennes hatte zwei Angeklagte, einen genannten und einen ungenannten. Der ungenannte war der General Mercier. Der Kassationshof, Frankreichs höchstes Gericht, hatte nun festgestellt, daß ein Akt schwerster Illegalität, die heimliche Einwirkung im Beratungszimmer, beim Urteil von 1894 mitgesprochen hatte. Wenn jetzt Dreyfus freigesprochen wurde, war Mercier als der Urheber eines epochalen Justizverbrechens bloßgestellt. Dupuy war anpassungsfähig genug, jetzt, da die Wagschale sich zu Dreyfus' Gunsten neigte, ein Kriegsgericht gegen Mercier zu verlangen. Aber ohne es durchgesetzt zu haben, stürzte er, und das nun gebildete republikanische Kabinett Waldeck-Rousseaus, so sehr es gewillt war, bis ans Ende zu gehen, so wenig es Vertuschungen wünschte, ließ, insbesondere mit Rücksicht auf seinen Kriegsminister

Gallifet, den Gedanken fallen. Gallifet, einst Führer gegen die Kommune, war ein lauterer Mann. Lange vor dem Esterhazy-Prozeß hatte ein früherer englischer Militärattaché in Frankreich, General Talbot, ihn einmal beiseite genommen und mit ihm über die Affäre gesprochen. „Lieber General, ich kenne den Fall Dreyfus nicht“, hatte er ihm gesagt. „Solange ich auch in Frankreich tätig war, ich habe diesen Namen nie gehört. Aber unter uns, ich bin verblüfft, den Major Esterhazy in Freiheit zu sehen — weil nämlich wir fremden Militärattachés in Frankreich samt und sonders wußten, daß der Major Esterhazy uns für einen oder zwei Tausendfrankscheine alle Nachrichten brachte, die das französische Kriegsministerium uns nicht direkt gab.“ Das war nicht unendlich gewesen. Zudem war Gallifet dem Obersten Picquart freundschaftlich zugetan. Er war also' obwohl er die Akten nicht kannte und nicht kennen wollte, bestimmt kein Dreyfusfeind. Andererseits aber war er Mercier aus früherer Zeit verbunden, er gedachte ihn zu schonen. Und hier begann das neue Unheil. Die alte Praxis der Militärbehörde, wichtigen Zeugen rechtzeitig einen Kriegsgerichtsprozeß anzuhängen, hier wäre sie vielleicht einmal am Platze gewesen. Statt dessen wurde die Loyalität auf die Spitze getrieben und beschloss, solche Schritte gegen Mercier zurückzustellen, bis der Prozeß von Rennes Licht geschaffen habe. So konnte Mercier, um dessen Ruf und Ehre, um



Felsche Evionis Kakao

enthält neben den bekannten Nährwerten des Kakaos lebenswichtige Vitamine und Mineralstoffe, die sowohl für die Entwicklung des Kindes als auch für die Gesunderhaltung des Erwachsenen von unschätzbarem Werte sind. Felsche Evionis-Kakao ist das ideale, wohl-schmeckende Familiengetränk, das in keinem Haushalte fehlen sollte.

WILHELM FELSCH-LEIPZIG N 22

Verlangen Sie Kostproben!

dessen Kopf es ging, über dessen Haupt während des ganzen Rennes-Prozesses nun die Gefahr eines Kriegsgerichtes hing, alle eigenen Energien der Antirevisionisten, Offiziere, Nationalisten und Antisemiten in sich und um sich sammeln, wurde er zum wütenden Gegenpol der Dreyfusards.

Waldeck-Rousseau wollte die Rehabilitierung Dreyfus'. Aber er wollte sie nicht als Machtakt, er wollte Justiz. Mit kräftiger Initiative stieß er gegen alle unbotmäßigen Offiziere vor, versuchte er Achtung vor der Zivilgewalt und den bürgerlichen Instanzen zu erzwingen. Das Kabinett war das erste unzweideutige Ministerium der Gerechtigkeit. Aber es war einigermaßen naiv in den Mitteln. Für ein unparteiisches Gewährlassen der Prozeßparteien war Frankreich noch nicht reif. Gallifet befand sich nicht in den Fängen militaristischer Intrigen. Er war nicht wie Cavaignac festgelegt, unterlag nicht wie Billot den Erpressungen eines Generalstabs, der diesen Minister einst insgeheim der Unterschlagung staatlicher Gelder bezichtigt und mit solchem Mittel in Schach gehalten hatte. Er wollte die Wahrheit, aber er überschätzte, gegenüber den Rankünen der Militärs und seines eigenen von den Vorgängern übernommene Ministerialkabinetts, die Kraft und die unbestreitbare Suada seiner eigenen Persönlichkeit. Unter seinen Augen wurde weiter geschwindelt, wurden dem Kriegsgericht wichtige Stücke vorenthalten, zweifelhaft untergeschoben, konnten sich die Manen Henrys behaupten. Der eigentliche Chef des Militärs war während des Prozesses nicht er, war, ohne daß Gallifet es ahnte, der seit kurzem pensionierte General Mercier. Die Offiziere des Landes konnten nicht umlernen, es war zu spät. Für sie war Rennes die letzte Kraftprobe, nichts Anderes. Und auch die Richter von Rennes waren eben Offiziere. Sie mögen das Recht gesucht haben, aber ihr vergifteter Blick fand es nicht mehr. Für einen Teil von ihnen war der Kassationspruch eine Ohrfeige ins Antlitz der Armee, ein Zeichen, daß das Land allmählich in die Hände einer internationalistischen Demokratie glitt. Was waren für sie die Fälschungen Henrys, die Geständnisse Esterhazys! Wenn sie irgendwelchen Leuten Fälschungen zutrauten, so jenen heraufgekommene Staatsfeinden, die sich Republikaner und Demokraten nannten. Stand es fest, daß die Außenseite dieser Dreyfussache entstellt und verzerrt war, warum nicht auch von jenen entstellt und verzerrt? Die Regierung Waldeck-Rousseau hatten sie das „Dreyfus-Kabinett“ genannt, diese Regierungslieute waren vom Schlage des Verräters, umwinkelten das Ausland, bucketten vor den Feinden. Hier lag Waldeck-Rousseaus großer Fehler. Was war das für eine Unparteilichkeit, in einer Affäre, die schon längst bloße Politik geworden war, diesen politisch Verhetzten, diesen gebürtigen Feinden des gegenwärtigen Staates freie Bahn zu lassen! Es rächte sich bitter. Schon der Regierungskommissar, aus übertriebener Zurückhaltung ohne Instruktionen gelassen, warf die Resultate des Kassationshofes plump über den Haufen. Nach dem Revisionsbeschuß hätte es sich darum gehandelt, über eine einzige Tatsache zu Gericht zu sitzen: hatte Dreyfus die sogenannten Geheimnisse des Bordereaus ausgeliefert oder nicht? Der Regierungskommissar und der Präsident, Oberst Jouaust, kümmerten sich nicht um diese selbstverständliche Direktive, griffen eine gigantische Kollektion angeblich neuer Beweise auf, ließen wochenlang Offizierstratsch, Gerüchte, Geschichten aus dritter Hand und höchst verdächtige Zeugenschaften defilieren. (Fortsetzung folgt)

Zur Beachtung!

Infolge des bürgerlichen Feiertages erscheint diese Nummer einen Tag später.

Das Weltstudentenwerk über die antisemitische Welle

Genf, 30. Dezember (J.T.A.). Das Weltstudentenwerk in Genf veröffentlicht eine Mitteilung, die u. a. besagt:

„Die antisemitische Welle, die im Winter 1929 über Mittel- und Osteuropa zusammenschlug, steht in frischer Erinnerung. In Wien, Budapest, Bukarest, Kischineff, Krakau, Prag und Berlin fanden wilde antisemitische Kundgebungen statt. Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß diese Welle wahrscheinlich selbst heute noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Jüdische Professoren wurden angegriffen, jüdische Studenten aus den Vorlesungsräumen vertrieben und vielfach bis in die Straßen verfolgt. Es genügt nicht, daß weite Kreise sich darin einig sind, diese Ausschreitungen zu verurteilen, notwendig sind positive Maßnahmen, die dazu angetan sind, bessere Beziehungen zwischen jüdischen Studenten und ihren Bildungsgefährten innerhalb der Hochschule zu schaffen. Der Antisemitismus in den Universitäten ist ein Problem, an dem nicht nur die jüdischen Studenten leiden. Die Universitäten selbst werden davon schwer betroffen, und die gedeihliche Entwicklung geistigen Lebens innerhalb der akademischen Gemeinschaft ist dadurch gefährdet.“

Was not tut, ist eine ruhige Prüfung der tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Schwierigkeiten, die in der Struktur und der Stellung der jüdischen Bevölkerung begründet sind, eine leidenschaftslose Klärung der geschichtlichen Ursachen, die zum modernen Antisemitismus geführt haben. Seit dem Gründungsjahr 1920 hat das Weltstudentenwerk mit den hauptsächlich christlichen, jüdischen und neutralen Studentenorganisationen in unparteiischer Weise zusammen gearbeitet, ohne sich mit der Frage des Antisemitismus im besonderen zu beschäftigen. Erst 1928 entschloß es sich, angesichts der stetig wachsenden Spannung und der daraus entstehenden Gefährdung der Hochschule selbst, eine Zusammenkunft zwischen jüdischen und christlichen Studenten zu organisieren. Die erste Konferenz fand 1929 in Bierville (Frankreich) statt. Die Zusammenkunft ermöglichte es jüdischen und nichtjüdischen Studenten von Mittel- und Osteuropa, wie auch aus dem ruhigeren Westen, zum ersten Male, in einer Atmosphäre völliger Freiheit und Offenheit, sich über ihre Gegensätze auszusprechen. Die Arbeit mußte auch auf persönliche Beziehungen aufgebaut werden. Durch persönliche Besuche wurden Be-

ziehungen in Deutschland, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen und Rumänien angeknüpft. In all diesen Ländern, wie auch in Westeuropa wurden Professoren und besondere Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen.

Das Weltstudentenwerk mußte sich auch mit der Lage der zahlreichen jüdischen Emigrantenstudenten in Frankreich befassen, deren wirtschaftliche Existenz überaus unsicher ist und die sich vielfach in schwerer Not befinden. Es begründete in Paris einen kleinen Ausschuß unter dem Vorsitz von Professor Oualid von der Sorbonne, dessen Ziel Hilfeleistung in den ernstesten Fällen der Not ist.“

Die Mitteilung schließt: „Um seiner Aufgabe gerecht werden zu können, bedarf das Weltstudentenwerk der Hilfe aller, ob Christen oder Juden, ob Gläubige oder Atheisten, die mit uns einig sind in der Überzeugung, daß nicht Proteste und Resolutionen Außenstehender oder wilde Ausbrüche auf der einen Seite und Klagen auf der anderen, sondern nur eingehendes Studium und ernstlicher Wille zum Verstehen die jüdische Frage einer Lösung näherbringen und es den Juden und ihren Mitmenschen ermöglichen werden, mit ganzem Herzen und in gegenseitiger Achtung für die volle Entwicklung der einzelnen Völker und der Menschheit zusammen zu arbeiten.“

Wir les
und De
gegen
Euch
Heilige
Gemein
rach:
ausges
Dienst
auch r
aber u
Aron,
zu herr
Da t
spreche
dieser
nicht
durch
Und
Korach
und ih
„Di
storb
Nein
Söhne
kennt
Korac
(z. B.
thall
Die
Meth
Bei
daß di
250 se
Aron.
komm
gegen
doch
worde
folgte
nen T
vor de
meiner
meint
Unwa
erst d
3000
Türen
Haus
thal
Männ
zu ve
zu der
viele
denen
Befrie
sönlic
men
straf
wo m
Unert
größ
ein V
heiter
so wi
von d
ausge
Ein
sten
Führ
er si
nonn
Volk
und
Mach
häßl
nen
Ehrg
„I
in ih
Euch
Kor
er v
alles
U
Beis
and
jeder
dien
wir,
so f
kung
geta
M

Dresdner Umschau

„Haltet euch fern von den Zelten Korachs!“

Eine ernste Warnung für die Querlistenfreunde. Wir lesen im Kap. 15 des 4. Buches Moses: „Korach und Dathan und Abiram und On . . . standen auf gegen Moses und Aron und sagten: Genug für Euch — denn die ganze Gemeinde, alle sind sie Heilige — warum überhebt Ihr Euch über die Gemeinde des Ewigen?“ Da sprach Moses zu Korach: „Ist es euch nicht genug, daß der Ewige Euch ausgesondert hat aus der Gemeinde Israels, um den Dienst am Heiligtum zu verrichten, daß Ihr nun auch noch die Priesterwürde fordert!“ Korach aber und sein Anhang beschuldigten Moses und Aron, daß sie das Volk täuschen, um über dasselbe zu herrschen.

Da befahl der Ewige Moses, also zum Volke zu sprechen: „Haltet Euch fern von den Zelten dieser frevelhaften Männer und rühret nicht daran, daß Ihr nicht umkommet durch ihre Sünden!“

Und es spaltete sich die Erde unter den Füßen Korachs und seiner Anhänger und verschlang sie und ihre Häuser und alle Menschen um Korach.

„Die Söhne Korachs aber sind nicht gestorben!“

Nein! Sie sind wahrhaftig nicht gestorben, die Söhne Korachs — sie leben noch, und jeder von uns kennt einige vor ihnen! Sie heißen bloß nicht mehr Korach, Dathan, Abiram und On — sondern (z. B. in Dresden): Hausmann, Burg, Löwenthal!

Die Namen haben sich geändert, Ziele und Methoden sind dieselben geblieben.

Bei der Erzählung von Korach fällt besonders auf, daß die Schrift ganz plötzlich erzählt: Korach und 250 seiner Anhänger standen auf wider Moses und Aron. Das kann aber doch nicht so plötzlich gekommen sein; um eine solche Menge von Menschen gegen die bewährten Führer zu mobilisieren, muß doch vorher heftig agitiert, gehetzt, verleumdet worden sein. Ja, aber diese lichtscheue Tätigkeit erfolgte naturgemäß im geheimen, hinter verschlossenen Türen; zu dem Psalmwort: „Er rettet dich . . . vor der Pest, die im Dunklen schleicht“ bemerken unsere Weisen: „Damit ist die Verleumdung gemeint.“ Erst wenn schwache Gehirne genügend mit Unwahrheiten und Verleumdungen vergiftet sind, erst dann wagen die Korachs sich an die Öffentlichkeit! Und das ist in Dresden nicht anders als es vor 3000 Jahren in der Wüste war: Hinter geschlossenen Türen, mit Ausschluß der Öffentlichkeit wurde von Hausmann die „Mittel“partei und von Löwenthal die „Volksvereinigung“ gegründet! Wenn Männer ein sachliches und ehrliches Programm zu vertreten haben, treten sie öffentlich auf, reden zu den Massen, werben im Licht des Tages möglichst viele Anhänger; Verschwörer aber wie Korach, denen es nicht um ein Programm, sondern nur um Befriedigung persönlichen Ehrgeizes oder persönlichen Hasses zu tun ist, müssen sich mit geheimen Konventikeln begnügen, wo ein Burg ungestraft einem Abwesenden die Ehre abschneiden, wo man einem kleinen Kreis von Unwissenden und Unerfahrenen im Brustton der Überzeugung die größten Unwahrheiten aufbinden darf! Findet sich ein Wissender, ein Begabter, der diese Unwahrheiten als solche erkennt und ihnen widerspricht, so wird er zuverlässig als „Spion“, als „Verräter“ von der nächsten Sitzung dieser dunklen Femgerichte ausgeschlossen!

Einem Moses, dem „bescheidensten und demütigsten aller Menschen“, der sich geweigert hat, die Führung des Volkes zu übernehmen, und nachdem er sie, gezwungen durch göttlichen Befehl, übernommen hat, selbstlos sein Leben opfert für sein Volk — diesem treuesten Führer sagen Korach und sein Anhang nach, er strebe lediglich nach Macht und Vorteil! Keine Verdächtigung ist zu häßlich, daß sie nicht gebraucht wird, um den eigenen kleinlichen Machtthron und den krankhaften Ehrgeiz Korachs zu verschleiern!

„Die ganze Gemeinde, alle sind sie Heilige und in ihrer Mitte der Ewige — warum überhebt Ihr Euch über die Gemeinde des Ewigen“ — so ruft Korach emphatisch aus. Er schmeichelt der Menge, er verdächtigt Moses, er beruft sich auf Gott — alles in einem Atemzug!

Und die Söhne Korachs folgen allzeit seinem Beispiel: „Bist du nicht ebenso würdig wie jeder andere?“, sagen Hausmann oder Löwenthal zu jedem, den sie auf der Straße oder beim Gottesdienst treffen; „die Religion ist in Gefahr, wenn wir, „die Gemeinde des Ewigen“, sie nicht retten“ — so fahren sie fort und sie schließen mit der Bemerkung: „Was haben eure geistigen Führer für euch getan? Sie haben euch verraten und verkauft!“ — Moses aber läßt sich durch die schönen Redens-

arten Korachs nicht beirren — er sagt ihm und seinen Anhängern auf den Kopf zu: „Ihr strebt ja doch nur nach der Priesterwürde!“ — Und die Söhne Korachs? Herr Hausmann hat dezidiert erklärt: „Entweder bekomme ich ein Mandat oder es wird kein Friede!“ Und ähnlich sagt Herr Löwenthal: „Ohne mich kein Friede!“ Und um dieser zwei Persönlichkeiten willen soll der schwer errungene Friede einer ganzen Gemeinde leichtfertig gestört, ein wochenlanger Wahlkampf geführt, Tausende von Geldern, die den Armen zugute kommen könnten, verschwendet werden.

Nein — sie sind wahrhaftig nicht gestorben, die Söhne Korachs! Aber auch die ewige Gerechtigkeit lebt! Zwar tut sich die Erde nicht mehr auf, um die Korachs und ihren Anhang zu verschlingen, aber der alte Ruf ertönt noch immer und wird beherrsigt: „Haltet euch fern von den Zelten dieser Männer, daß ihr nicht umkommet durch ihre Sünden!“

Die Einsichtigen und materiell Unabhängigen bleiben ihren geheimen Konventikeln fern, weil sie einsehen, daß man sie für selbstsüchtige und ehrgeizige Zwecke mißbrauchen will. Nur die materiell Abhängigen, die in ihrer kleinlichen Eitelkeit Gebrückten, die Kovedhascher und Mandatjäger und etliche Unwissende und Irreführte verbleiben als ihr Anhang!

Den letzteren aber rufen wir zu ihrer Warnung und Aufklärung die Worte Moses' zu: „Entfernt euch von den Zelten dieser Männer — damit ihr nicht Schaden leidet durch ihre Sünden!“

Macht euch einmal die Folgen klar, die euch aus dieser Gefolgschaft drohen!

Man verlangt von euch eine Unterschrift, und eine solche ist leicht gegeben; sie kostet kein Geld und bringt vielleicht sogar momentanen Vorteil! Wir wissen ja, daß man mit Versprechungen und Drohungen nicht nur Privatpersonen, sondern auch Vereine zum Verkauf ihrer Stimmen zu bewegen versuchte, und hier beginnt bereits die große Gefahr: Laut Paragraph 109 StrGB. wird derjenige, der sich durch Versprechungen oder Drohungen zur Abgabe seiner Stimme verleiten läßt, mit Gefängnis von 6 Wochen bis zu 2 Jahren bestraft.

Aber nehmen wir selbst an, daß keine Wahlbestechung vorliegt — Sie unterschreiben freiwillig eine der Querlisten — was sind die Folgen? Sie bekunden damit, daß Sie sich zu denen gesellen, die den schwer errungenen Frieden der Gemeinde frevelhaft stören. Sie setzen sich mit 95 Prozent sämtlicher Gemeindeglieder in offenen Widerspruch; denn es ist eine der vielen bewußten Unwahrheiten, wenn behauptet wird, daß die Liberalen eine Querliste wünschen, und daß viele eine solche sogar unterstützen würden! Wir aber wissen: Auch nicht ein Liberaler wird als Friedensstörer auftreten, auch nicht einer wird seinen Namen auf eine Liste Hausmann oder Löwenthal setzen! So ohne Scham und ohne Gewissen können nur Unwissende und politisch Unreife handeln, die sich von jedem „Korach“ an der Nase führen lassen!

Aber weiter: Glaubet ja nicht, daß eure Teilnahme an dieser geheimen Verschwörung gegen den Frieden der Gemeinde auch wirklich geheim bleibt! Man kennt schon heute die Namen der Verschwörer, und am 12. Januar werden eure Namen in der Gemeindezeitung und in diesem Blatt am Pranger stehen, und man wird fragen: Gehört auch der zu den Störern des Gemeindefriedens? Oder ist auch er in so schlechten finanziellen Verhältnissen, daß er auf Darlehen angewiesen und von Hausmann abhängig ist? —

Und dann kommt erst noch die Prüfung der Listen durch die Wahlkommission! Da bereits genügend bekannt ist, mit welchen unlauteren Mitteln die Unterschriften erworben werden — mehrere Unterschriften haben die unter falschen Vorspiegelungen gegebenen Unterschriften be-

reits zurückgezogen! —, wird jede einzelne Unterschrift genau geprüft und die Unterzeichner darüber vernommen werden, ob sie nicht durch Drohungen oder Versprechungen zur Unterzeichnung veranlaßt worden sind!

Und seht ihr — Ostjuden! — nicht ein, daß jeder einzelne von euch, der solche Quertreibereien gegen den Frieden unterstützt, Schande bringt nicht nur über sich selbst und seine Familie, sondern über alle Ostjuden in Dresden und darüber hinaus? Ihr wollt gute Juden und gute Gemeindeglieder sein — als solche habt ihr euer gleiches Recht in der Gemeinde verlangt und erkämpft — und jetzt? Jetzt benutzt ihr dieses neuerworbene Recht dazu, um Streit und Zank hervorzurufen wegen einzelner Personen! Was müssen die Liberalen von euch denken und sagen? — Es ist eine Schande! —

Und darum nochmals und nochmals: **Haltet euch fern von den Zelten dieser Männer, daß ihr nicht Schaden leidet durch ihre Sünden! Ihr seid gewarnt!**
Mordechaj hajehudi.

Die Neugründung der „Volksvereinigung“

Am 12. d. M. ergingen von Herrn A. L. Löwenthal eine große Anzahl Einladungen an die Gemeindeglieder mit folgendem Wortlaut: „Werter Herr! Die Vorgänge in der Verwaltung der hiesigen israelitischen Religionsgemeinde haben dazu geführt, daß sich weite Kreise unserer Gemeindeglieder beunruhigt fühlen. Zwecks Aussprache werden Sie gebeten“ usw. —

Das Resultat dieser hochtrabenden Einladung war, daß 24 — sage und schreibe vierundzwanzig — von 1300 Wählern erschienen, und von diesen 24 erwies sich genau die Hälfte als nicht beunruhigt, indem sie der neuen Volksvereinigung nicht beitraten; die anderen 12 — zwölf! — müssen also als Beweis dafür gelten, daß sich „weite Kreise unserer Gemeindeglieder“ beunruhigt fühlen! Diese „12“ fanden, daß es für die Gemeinde Dresden nur eine Rettung gibt: Die Herren A. L. Löwenthal und David Schwarz müssen in den Gemeinderat kommen!

Da aber auch Herr Reinhold gern in den Gemeinderat kommen will, stellte er den geistvollen Antrag: Man solle bei der Gemeinde (!) drei Sitze fordern! — Er wurde von seinen eigenen Freunden darüber belehrt, daß „die Gemeinde“ zwar Kohlen für Arme, aber keine Mandate für Mandats-hungrige zu verteilen habe! (Ein anderer Versuch des Herrn Reinhold, sich ein Mandat zu verschaffen, ist so spaßig, daß er nicht in diese ernste Zeitung, sondern nur in ein Witzblatt paßt!)

Nun will das Unglück, daß laut Gemeindegesetz „12“ Unterschriften noch nicht einmal für ein Mandat genügen, geschweige denn für zwei oder drei; eine Kandidatenliste kann auch unglücklicherweise nicht von „weiten Kreisen, die sich beunruhigt fühlen“, unterschrieben werden, sondern es müssen 40 leibhaftige Wähler ihre eigenhändige Unterschrift darauf setzen! Also müssen die „12“ sich nach Bundesgenossen umsehen, die sich gleichfalls beunruhigt fühlen. Man wählte also fünf von den zwölf, um mit Herrn M. Hausmann, dessen „Mittel“-partei schon fünfzehn Mitglieder hat, zu verhandeln! Leider aber zeigte sich, daß Herr Hausmann ganz ebenso wie die Herren Löwenthal, Schwarz und Reinhold ernstlich beunruhigt ist — nicht um das Wohl der Gemeinde, sondern — um sein eigenes Mandat! Und da die Herren Löwenthal und Schwarz der Sicherheit halber an erster und zweiter Stelle der Kandidatenliste stehen wollen, Hausmann also an die dritte — ganz aussichtslose — Stelle käme, sagte er natürlich: Danke, nein! Und mit Recht! Denn er ist für das Wohl der Gemeinde genau so unentbehrlich wie die Herren Löwenthal und Schwarz!

Das Endresultat dieser Gründungs-Versammlung ist also ein für die Veranstalter überaus mageres und trauriges. Dafür aber wurden die Versammelten durch mancherlei andere Umstände reichlich entschädigt: Die Versammlung wurde in einem Bethaus abgehalten (um sie besonders feierlich zu gestalten und als Bürgschaft für die reinen und edlen Ziele der Besprechung!). Direkt vor dem Oraun hakaudesch war der Beratungstisch aufgestellt und der

Zionistische Vereinigung Leipzig
1. Diskussionsabend anläßlich der Kongreßwahlen
Donnerstag, 8. Januar, abds. 8³⁰ Uhr
im Kaufm. Vereinshaus, Schulstr. 5
Es sprechen Vertreter aller Gruppen (Allgemeine Zionisten, Radikale Zionisten, Misrachi, Poale Zion, Hapoel Hazair, Zionisten-Revisionisten). Thema:
Zionistische Leitung u. Palästina Mandat

Vorhang vor dem Thoraschrank noch noch am folgenden Tag von dem Rauch der Pfeifen, Zigarren und Zigaretten, die der erregten Stimmung entsprechend in großer Zahl geraucht wurden!

Den Saal selbst hatte man dem jüdischen Restaurateur Herrmann widerrechtlich weggenommen, der ihn lediglich für gottesdienstliche Zwecke an Sabbath- und Festtagen an den betr. Bethausverein vermietet hat, nicht aber für politische Versammlungen! Wenn der genannte Restaurateur in dem Saal profane Versammlungen veranstaltet, grenzt er den Oraun hakauesch durch eine Bretterwand ab; diese aber wurde an dem Versammlungsabend dazu gebraucht, um dem Eigentümer des Saales den Eingang zu verammeln! Das war natürlich wichtiger als die Thora vor Profanierung zu schützen! Denn ohne diese gesetzwidrige Verrammung der Türe (die zur Zeit Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens ist) hätten Unberufene die Märchen hören können, mit denen man — in Ermangelung eines Programms — die Zeit verkürzte! Da wurde erzählt von der bösen Volkspartei, welche durch Erkämpfung des Wahlrechts „die Ostjuden an die Liberalen verraten und verkauft“ habe. Vergeßlich, wie Herr Löwenthal zuweilen ist, unterließ er, mitzuteilen, daß er in beiden Lesungen im Gemeinderat ausdrücklich und vorbehaltlos für diesen „Verrat“ gestimmt hat! — Es wurde erzählt von Liberalen, die nichts so sehnlich wünschen als eine Querliste! (Adresse: Im Mond!). Von den nahezu unzählbaren Wählern, deren sehnlichster Wunsch es ist, die Herren Hausmann, Löwenthal im Gemeinderat zu sehen; von den drei bis vier Mandaten, die man bereits in der Tasche habe (früher waren es sogar vier bis fünf). Wieder „vergaß“ Herr Löwenthal, daß er den Liberalen vor zwei Jahren bei den Wahlen 400 Wähler der Volksvereinigung „garantiert“ hatte, die bei der Wahl auf ein Viertel zusammengeschnitten waren. Und so weiter ins Unendliche! Hoch leben die 12 Mitglieder der neuen Volksvereinigung! Emes.

Gemeindewahlen. — Jüdischer Jugendverein. — Zionistische Ortsgruppe.

Nur noch vier Wochen trennen uns von den Wahlen zum jüdischen Gemeinderat. Am 25. Januar 1931 werden die Dresdner Juden von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Die Friedensfeier ist noch in aller Erinnerung. Trotzdem haben sich Leute gefunden, die den lang ersehnten Scholaum zerstören wollen. Nicht um die Lage der Gemeindeglieder zu verbessern, nein, sie wollen eben einen „Kowedposten“ im Gemeinderat haben. Tu einer was dagegen. Ob die Gemeinde in Unkosten gestürzt wird, das stört diese Leute nicht. In den letzten Tagen hat sich der Kampf um einen Sitz am grünen Tisch sehr zugespitzt. Die Querlisten-Treiber versuchen mit allen Mitteln, die nötigen Unterschriften zusammenzubringen. In gehässiger Weise wird versucht, Dr. Schornstein, dem langjährigen Kämpfer für die Gleichberechtigung, in den Schmutz zu ziehen. Ja, böse Zungen gibt es überall. Gegen solche muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, damit ihnen die Lust zur Verleumdung und Beschimpfung vergehen soll. Denn was Dr. Schornstein erreicht hat, ist bisher niemand gelungen. Die Männer, die zur Wahlurne schreiten werden, werden wissen, ob sie ihre Stimme einer Partei geben, die für das Wohl der Gemeinde bestrebt ist, oder einer Querpartei. Jeder denke am 25. Januar richtig. Wir wollen den Frieden zum Wohle der Gemeinde und ihrer Mitglieder.

Der Jüdische Jugendverein bot seinen Mitgliedern und Gästen in letzter Zeit sehr angeregte Referate. Es wurde über das Thema: „Der Nationalsozialismus und seine Abwehr“ gesprochen. Dr. Scharf, Dr. Seeligsberger und Walter Meyerholz sprachen an drei Abenden zu diesem Thema. Es entspann sich eine sehr lebhaft debattierte, an der recht viele teilnahmen. Am 16. Dezember veranstaltete der Verein eine schöne Chanukkah-Feier. Nach Anzünden der Lichter durch Walter Meyerhof, hielt Rabbiner Dr. Wolf eine Ansprache. Er wies auf die Bedeutung des Festes hin. Regina Kupfermann brachte Klavier-vorträge von Mendelssohn und Schubert zu Gehör, die mit Beifall aufgenommen wurden. Große Heiterkeit erweckte das Theaterstück: „Tohuwabohu“ von Samy Gronemann, das von den Mitgliedern aufgeführt wurde. Anschließend fand ein Tanz statt, der längst nach Mitternacht zu Ende ging.

Seit einigen Monaten besteht im Jugendverein die „Soziale Hilfe“. Sie soll erwerbslosen Mitgliedern nach Möglichkeit Arbeit verschaffen. Im hiesigen Gemeindegeld erschien vor kurzem ein Aufruf an die jüdische Geschäftswelt, jüdische Leute einzustellen. Es war ein Appell an die jüdische Nächstenliebe, gerade in der jetzigen antisemitischen Hochflut Angestellte zu berücksichtigen. Hoffentlich hat dieser Ruf keine tauben Ohren gefunden. Kurt Hirschel ist dauernd bestrebt, sich um das Wohl der Mitglieder zu erkundigen. Er hat schon manchen wieder zu einer Stelle verholfen. Sowohl

ihm wie auch seiner Gattin ist es hoch anzurechnen, daß sie den Jugendverein emporgearbeitet haben. Man darf wohl mit gutem Gewissen sagen, daß die Genannten sich einer allgemeinen Beliebtheit erfreuen. Tretet dem Jugendverein bei! Bringt Gäste mit! Helft in dieser schweren Zeit, den Verein zu stützen!

Die Zionistische Ortsgruppe veranstaltet alle vierzehn Tage ihre Heimabende, die sehr gut besucht werden. Benno Kam ist Leiter dieser Kultur-

abende, und er ist stets bestrebt, sie richtig auszugestalten. Am 2. Dezember sprach im Palmengarten Kurt Blumenfeld. Am 20. d. M. fand in der Kaufmannschaft der große Chanukkah-Ball statt. In der Tombola konnte man eine Reise nach Abazzia, die von der Firma S. Kreuter gestiftet war, gewinnen. Die Büchsenleerung hat begonnen. Der „Galud-Keren-Kajemeth“ führt diese Arbeit aus. Es müssen noch recht viele Schechel abgesetzt werden, damit wir zu diesem Kongreß recht viele Stimmen haben sollen.

Chemnitzer Umschau

Eingabe des Verbandes der jüdischen Volkspartei Sachsens an die Chemnitzer Gemeinde

13. Dezember 1930

An den Vorstand
der irsael. Religionsgemeinde Chemnitz

Sehr geehrte Herren!

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Jüdischen Volksparteien Sachsens hat in seiner am 3. November d. J. in Chemnitz abgehaltenen Sitzung, welche von zahlreichen Vertretern der Gemeinden Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau besucht war, einstimmig beschlossen, den Kampf gegen das noch bestehende schwere Wahlrecht mit allen gesetzlichen Mitteln und mit vereinten Kräften aufzunehmen. Es herrscht volle Einigkeit darüber, daß die beispiellose Entrechtung der Mehrheiten in den sächsischen Gemeinden durch die resp. Minderheiten absolut unerträglich ist und unter allen Umständen aufhören muß.

Es herrscht aber auch darüber volle Einigkeit, daß — bevor dieser Kampf um ein elementares Recht in die jüdische, und, wenn es unvermeidlich wird, auch in die große nichtjüdische Öffentlichkeit getragen wird — alles versucht werden muß, um den Streit intra muros mit friedlichen Mitteln auszutragen. Aus diesem Grunde wenden wir uns an Sie mit der dringenden Bitte, die Wahlrechtsfrage einer gründlichen Revision zu unterziehen und zu diesem Zweck mit tunlichster Beschleunigung eine Kommission, bestehend aus Liberalen und volksparteilichen Mitgliedern, einzusetzen. Die Vorstandsmitglieder des Verbandes der Jüdischen Volksparteien Sachsens stellen sich Ihnen auf Wunsch jederzeit für diese Beratung zur Verfügung.

Wenn wir uns erlauben, einen solchen Vorschlag zu machen, so geschieht es von der Überzeugung aus, daß auch Sie, sehr geehrte Herren, bei Ihrem ausgeprägten Rechtsgefühl und Ihrem Sinn für jüdische Interessen längst erkannt haben, daß das in Ihrer Gemeinde noch bestehende Wahlrecht sowohl gefühl- wie verstandesmäßig, sowohl vom Standpunkt der allgemeinen wie insbesondere der jüdischen Moral unhaltbar und verwerflich ist. Lediglich als übersichtliche Zusammenfassung aller dieser Gesichtspunkte überreichen wir Ihnen in der Beilage ein Exemplar der bereits im Jahre 1928 erschienenen Broschüre „Das Wahlrecht in den jüdischen Gemeinden Sachsens“.

Es ist uns bekannt, daß, wenn Sie trotz richtiger Erkenntnis des vorliegenden Unrechts, eine Änderung des Wahlrechts bisher abgelehnt haben, dies aus zwei Gründen geschah: Einmal, weil Sie eine eventuelle Majorisierung durch die ausländischen Gemeindeglieder befürchten, und dann, weil Sie um den deutschen Charakter Ihrer Gemeinde besorgt sind. Wir verweisen, um nicht oft Gesagtes auf die erwähnte Broschüre, insbesondere aber auf die neue und besonders beweiskräftige Tatsache, daß die Dresdner Gemeinde, deren Verhältnisse denen Ihrer Gemeinde ganz analog sind, das gleiche Wahlrecht erst vor kurzem bewilligt hat, und daß es durch friedliche Beratungen gelungen ist, einen Weg zu finden, der allen wirklichen oder eingebildeten Gefahren zuverlässig vorbeugt.

Was in Dresden möglich gewesen ist, muß — mutatis mutandis — auch in Ihrer Gemeinde bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sein, und wir möchten — als Beweis für unseren guten Willen — für die kommenden Verhandlungen die gleichen Leitsätze aufstellen, welche auch den Dresdner Verhandlungen zugrunde lagen:

1. Gleichen Pflichten müssen gleiche Rechte entsprechen — ein Grundsatz, der nicht nur eine unbestreitbare Forderung allen Rechtes und aller Moral ausspricht, sondern auch der Verfassung des Deutschen Reiches zugrunde liegt.
2. Es darf weder die volksparteiliche Fraktion von der liberalen, noch die liberale Fraktion von der volksparteilichen majorisiert werden.
3. Verhandlungen mit den Behörden sind in der Regel von reichsdeutschen Vorstandsmitgliedern zu führen.

Auf dieser Basis ist in Dresden nicht nur ein

Kompromiß mit gegenseitigen Zugeständnissen — welches letzten Endes keine der beiden Parteien wirklich befriedigt —, sondern ein wirklicher, ehrlicher Friede zustande gekommen, dessen die Liberalen nicht minder froh sind als die Jüdische Volkspartei.

Angesichts dieser Tatsache, die Ihnen jeder in die Verhältnisse eingeweihte Liberale Dresdens restlos bestätigen wird, kann Ihnen die Wahl unmöglich zweifelhaft sein zwischen dem jetzigen Zustand, der den Gemeindefrieden dauernd unmöglich macht, und Verhandlungen, die ein Zusammenfassen aller Kräfte im Dienste der Gemeinde und einen dauernden Frieden versprechen!

Um von vorneherein dem Vorwurf zu begegnen, daß wir uns teilweise als Fremde in die Angelegenheiten Ihrer Gemeinde mischen, bemerken wir, daß wir uns zu diesem Schritt aus zwei Gründen nicht nur für berechtigt, sondern sogar verpflichtet fühlen:

1. Das Wahlrecht in den einzelnen Gemeinden wirkt sich naturgemäß auf die uns allen gemeinsame Vertretung im Landesverband aus und ist eines der Hindernisse für das Zustandekommen des für alle Juden Deutschlands lebensnotwendigen Reichsverbandes.

2. Ein eventuell in großer Öffentlichkeit — beispielsweise in Tageszeitungen oder von der Tribüne des Landtages — zu führender Angriff auf das jetzige Wahlrecht und die damit zusammenhängenden betrüblichen Zustände in Ihrer Gemeinde wirkt naturgemäß — insbesondere bei der jetzigen antisemitischen Strömung — seinen Schatten auf alle Juden Sachsens (auch auf die zahlreichen Liberalen, die schon jetzt mit uns das schwere Wahlrecht verwerfen), und es liegt also im allgemeinen Interesse, einen solchen öffentlichen Angriff, wenn irgend tunlich, zu vermeiden.

Wir bitten Sie dringend, diesen Hinweis auf einen eventuellen öffentlichen Angriff nicht als Drohung aufzufassen, sondern als einen Beweis unserer vollen Offenheit; Sie werden uns sicher glauben, daß wir uns nur gezwungen zu einem solchen Schritt entschließen könnten, aber, falls man unseren ehrlichen Kampf ums Recht so gering schätzen sollte, daß man selbst Verhandlungen a limine abweist (wie es seitens Ihrer Gemeinde kürzlich geschehen ist), dann bliebe uns leider kein anderer Weg, und die Verantwortung dafür hätten nicht wir zu tragen, sondern jene, welche von vorneherein jede Friedensmöglichkeit ablehnen.

Wir fassen unseren Appell an Ihr Rechtsgefühl nochmals zusammen in das ewig gültige Prophetenwort: „Haben wir nicht alle einen Vater? Hat nicht ein Gott uns alle geschaffen — wie könnten wir treulos sein einer gegen den anderen und entweihen den Bund unserer Väter!“

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort zeichnen wir mit dem Ausdruck

vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand des Verbandes der
Jüdischen Volksparteien Sachsens
Dr. M. Schornstein, Dresden
Dr. Ludwig Lehrfreund, Leipzig
Wilhelm Dubiner, Leipzig
Dr. Jehuda Adler, Chemnitz.

Die deutsche Presse über Lord Melchett

Berlin, 29. Dezember (JTA.). Fast die gesamte deutsche Presse würdigt in längeren Aufsätzen die Persönlichkeit des verstorbenen englischen Chemiekönigs Lord Melchett. Die Presse erinnert daran, daß es Melchetts Endziel war, einen englisch-deutschen Chemietrust zu schaffen, und daß er vor knapp 14 Tagen anlässlich der Debatten im Ober- und Unterhaus über das englische Einfuhrzollgesetz betreffend Farbstoffe ankündigen ließ, daß „selbst ein Beibehalten des Einfuhrzolls die Möglichkeit eines weitgehenden Interessensabkommens zwischen IG-Farbenindustrie und Imperial Chemical Industries keineswegs ausschließt“. Die Presse hofft, daß es der neuen Leitung des englischen Chemietrusts gelingen wird, die Arbeiten Lord Melchetts auf diesem Gebiet zu vollenden.

Seit etl
freund wi
dauernd
aus seiner
Leipzig
haltes in
bewußter
recht gefü
uns, ihn
daß seine
um das f
Erw
Am 5.
der jüdi
wichtige
scheinen
Reichsbu

Geschäfts
Ferna
Montag
der „Lip
versam
nung: 1.
Cornelius
tag“. 2.
4. Versch
kommen
pünktlich
Novembe
lert, Mo
abteilung
in der Ur
noch ein
8. Unser
an nur i
statt. Fü
gesorgt

Freitag
Dienst
Geschick
Auf de
spricht
Beteilig
Verein i
Wir n
Verein
mit sein
vor, da

Eifr
ganz re
Sitzung
jedenfa
wollte.
Zwe
ungehö
Rosenf
Mitglie
hat, ist
Drit
nend
Verord
doch i
haus e
geben,
schrif
liches
nötig!
für da
kend i
desten
Vie
die P
ständl
wieder
öffentl
im Dr
daß d
ziehun
Fu
trotz
verlas

Leipziger Umschau

Seit etlichen Tagen weilt Herr Dr. Ludwig Lehrfreund wieder in Leipzig, wo er sich nunmehr für dauernd niederläßt. Herr Dr. Lehrfreund, der uns aus seiner jahrelangen wirkungsvollen Tätigkeit in Leipzig bekannt ist, hat während seines Aufenthaltes in Dresden in aufopferungsvoller und zielbewußter Arbeit den Kampf um das freie Wahlrecht geführt und zum Siege verholten. Wir freuen uns, ihn in unserer Mitte zu begrüßen, und hoffen, daß seine reichen Erfahrungen uns in dem Kampfe um das freie Wahlrecht von Nutzen sein werden.

Erwerbslose Kolleginnen und Kollegen!

Am 5. Januar 1931, pünktlich 2 Uhr, findet in der jüdischen Lesehalle, Keilstraße 4II, eine wichtige Erwerbslosenversammlung statt. Erscheinen aller ist Pflicht! Erwerbslosenausschuß.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten Ortsgruppe Leipzig

Geschäftsstelle: Dr. Alfred Jacoby, Petersstr. 22
Fernsprecher 70251 :: Postscheckkonto 9639
Montag, den 12. Januar 1931, 20 Uhr, im Saale der „Lipsia“-Loge, Leibnizstraße 3: Mitglieder-

versammlung und Vortragsabend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Cornelius Gellert-Leipzig: „Im neuen Reichstag“. 2. Aussprache. 3. Remarque-Film-Verbot. 4. Verschiedenes. Gäste, auch Damen, herzlich willkommen! Mit Rücksicht auf den Redner wird pünktlich begonnen! — Mitteilungen: 1. Der im November 1930 abgesagte Vortrag des Herrn Gellert, MDR., findet bestimmt statt! 2. Die Turnabteilung turnt jetzt Dienstags von 21 bis 22 Uhr in der Universitätsturnhalle, Löhstraße. Es können noch einige Kameraden aufgenommen werden. 3. Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt an nur noch in der Lipsia-Loge, Leibnizstraße 3, statt. Für Verpflegung ist bestes und billigst gesorgt!

Der Vorstand.

Polze Zion, Leipzig.
Freitag, 2. Januar: Mitgliederversammlung.
Dienstag, 6. Januar, Fortsetzung des Kurses: Geschichte der Jüdischen Arbeiterbewegung.
Auf der Kongreßwählerkundgebung am 8. Januar spricht auch von unserer Seite ein Redner. Um Beteiligung wird gebeten.

Verein jüdischer Händler und Reisender, Leipzig, Chanukka-Fest

Wir möchten schon von vornherein den jungen Verein beglückwünschen zu dem Erfolg, den er mit seinem Chanukka-Fest hatte. Kommt das so oft vor, daß ein Verein nach wenigen Monaten des

Bestehens, hervorgegangen aus den kleinsten, unsichersten Verhältnissen, eine solch große Zahl von Anhängern für sich gewinnt? Es ist vom Vorstand allerhand Arbeit geleistet worden, mit zähester Energie, stärkstem Willen und bester Disziplin! Das will schon etwas heißen! — In der Begrüßungsansprache schilderte der 2. Vorsitzende, Herr Goldberg, Entstehung und Werdegang des Vereins, seine kulturellen, wirtschaftlichen, humanen Absichten und betonte die Notwendigkeit, den Verein in jeder Hinsicht zu fördern und zu stützen. Seine Rede klang in die Mahnung aus: Werdet Mitglieder des Vereins, gleich welchem Beruf ihr auch nachgeht! Diese Aufforderung möchten wir an dieser Stelle ebenfalls vor aller Öffentlichkeit bekräftigen. Der Verein bedeutet tatsächlich einen wichtigen Faktor im Leben der Leipziger jüdischen Gemeinschaft! — Als Vertreter der Gemeinde Leipzig waren erschienen die Herren Gemeindevorsteher Dr. Soldmann und Gustav Cohn, ebenso Vertreter des Polnischen Konsulats. Aus Dresden überbrachte Herr Vogel (für den gleichnamigen Verein in Dresden) die herzlichsten Grüße und Wünsche.

Der Ball selbst verlief ausgezeichnet! Man amüsierte sich glänzend! Auch das Programm brachte die Zuhörer in helles Entzücken! So wollen wir denn auch davon absehen, eine regelrechte Kritik im Rahmen dieses Chanukkah-Unterhaltungsabends an den Leistungen zu üben. Dies wird uns weder Oberkantor Wilkomirski verübeln, der ohnehin allzu gut als hervorragender Künstler bekannt ist, um von einem Lob unsererseits gerührt zu werden, oder gar Frau Dulitzkaja, der das zujubelnde Publikum gerade für ihr Fach der beste Kritiker war. Allerdings können wir nicht umhin, an dieser Stelle mit allem Nachdruck auf die junge Kraft, Fräulein Doris Wilamowska, hinzuweisen, der sich unseres Erachtens eine glänzende Zukunft als Sängerin der Operette eröffnet, falls sie noch einiges und manches zur Vervollendung ihrer stimmlichen Mittel unternimmt. Sie hat dieses gewisse „Etwas“, wonach eine Operettenbühne geradezu lechzt!...
Musja Gottlieb.

Palästina-Reise des K.J.V.

Wie wir erfahren, wird das Präsidium des K.J.V. auch in diesem Jahre eine Palästina-Reise veranstalten. Die Abfahrt von Berlin erfolgt Mitte März. Die Teilnehmer der Reise werden zu den Pessach-Feiertagen in Palästina sein. Die Organisation der Reise liegt in den Händen des Palestine- und Orient-Lloyd, Berlin N 24, Friedrichstr. 121.

vorher sich von den Leistungen überzeugte.

Man hatte als Künstler wahrlich nur ein Kopfschütteln übrig für den weltberühmten Sänger Jack Smith, der sich einen flüsternden Bariton nennt! Wir haben weder sein Singen noch sein Flüstern, aber auch nicht sein flüsterndes Singen oder sein singendes Flüstern verstanden! . . . Man könnte nach diesem Beispiel manchem Sänger manches raten . . .

Was Mitja Nikisch anbetrifft, so hat er natürlich einen Namen, wie ihn sein großer Vater trug. Er dirigiert auch. Aber er tut das Gegenteil von dem, was sein Vater tat. Er ballt nicht seine ganze künstlerische Kraft zusammen, um sie von einem Zentrum aus in den spärlichsten Bewegungen mit unversiegbarem Wucht hineinzuschleudern in das Orchester, nein — er zerstreut seine künstlerischen Absichten in alle Winde und will allem Anschein nach dem Publikum dienlich sein. So also dirigiert man Jazz! Und wenn man überhaupt nicht dirigieren würde? Träte dann eine Veränderung ein? —

Hingegen leistete Hilda Dulitzkaja — in den großen Anzeigen überhaupt nicht angekündigt — in ihrer Art wirklich Vorzügliches. Sie wird wohl nebenbei auch flüstern können! Nur kommt sie noch nicht aus Amerika. —

Ansonsten hatte man leider außer den blauweißen Turnersinnen wenig „Blau-Weißes“ verspürt, obwohl hier eigentlich der gegebene Ort wäre.

Und bei dieser Gelegenheit noch eins: In Zukunft möchten doch alle Festorganisationen sich auch einmal in ihrer eigenen Stadt umschauen und für weniger Geld einheimische, jüdische Künstler heranziehen, nicht nur zum Wohle der Künstler, sondern auch zu ihrem eigenen . . .

Synagogen-Chanukkah-Feier in „Ohel Jakob“

Als Musikreferent bin ich gezwungen, über ein Konzert zu berichten, an dem ich selbst als Violinist beteiligt war. Ich berichte also folgendes: Man kann über die beiden Instrumentalisten, Herrn Rudjakoff (Klavier) und Herrn Gottlieb (Violine) kein Urteil abgeben, das Gültigkeit haben soll, da beide unter Umständen spielten, die für ein öffentliches Auftreten unter Kritik einfach unmöglich sind: Beide froren infolge des ungeheizten Raumes an Händen und Füßen, hatten unter mangelhafter Beleuchtung der Noten zu leiden, und akustisch lagen die Verhältnisse durch einen „Vorbau“ äußerst ungünstig. Also habe ich höchstens zu berichten, daß mir zufällig Worte wie: fabelhaft, herrlich, schön usw. zu Ohren drangen, was aber vielleicht auch nicht uns Instrumentalisten gelten sollte. —

Was Herrn Oberkantor Kupfer anbetrifft, so konnte ich als Mitbeteiligter um so besser feststellen, daß er mit allen Attributen ausgestattet ist, die er zur künstlerischen Ausübung seines kantoralen Berufes benötigt. Er ist edel in der Tongebung, sympathisch, unaufdringlich und doch bestimmt in seiner Gestaltung und läßt trotz aller „Chasones-Virtuosität“ nicht jenen gebundenen Rhythmus und Stil vermissen, der leider den meisten Kantoren fehlt. . . .
M. Gottlieb.

Varieté „Drei Linden.“

Allein der Humor hat es geschafft, dem Varieté „Drei Linden“ bis zum letzten Tage des alten Jahres volle Häuser zu bringen und darum läuft auch das neue Jahr, d. h. das Programm vom 1. bis 15. Januar 1931, unter dem Motto an: Lachen ohne Ende!

Da ist an erster Stelle zu nennen: Peter Piet, das Hamburger Original mit neuem Repertoire. Es ist überflüssig, hier auch nur ein Wort der Reklame zu verlieren, denn allein die Nennung des Namens genügt, um seine kolossale Anhängerschaft auf die Beine zu bringen. An zweiter Stelle stehen die 3 Nagels, ikarische Spiele in höchster Vollendung. Sie vollführen ihre Arbeit mit unachahmlicher Elastizität im eleganten Straßenanzug und einem Höllentempo. Mary Blank & Co. tritt erstmalig in Deutschland nach ihrer von Erfolgen gekrönten Amerika-Tournee in Leipzig mit ihren neuen Fangspielen auf und ist hier ein ganz besonderer Genuß zu erwarten. Little Fred, ein fabelhafter Hundedressurakt, dessen Höhepunkt ein großer Kopfballdressurakt zwischen Doggen ist. Außerordentlich lustig ist es anzusehen, mit welchem Eifer die Hunde dem Ball immer wieder nachjagen und versuchen, ein Tor zu gewinnen. Ferner sind in dem Programm besonders hervorzuheben: Oskar Huszar, der internationale Tenor, Morris & Max, zwei lustige Akrobaten. Bei denselben ist ein Zeitlupenringkampf und der „Kampf um den Stuhl“ besonders zu beachten. Les Gerards, ein kleines Wunder der Technik, malt und zeichnet mit einer Pistole Bilder und Karikaturen. Roschkalns, der Mann auf den Klötzen, und „Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel.“ eine Parodie, dargestellt von der Original Billy Devoy Comp. beschließen dieses ganz im Zeichen des Humors stehende Programm der „Drei Linden“. Die Hauptrolle, die des betrunkenen Lord Booze in dem amerikanischen Tengel-Tangel, spielte Charlie Chaplin, bevor er an den Film dachte.

Briefkasten der Redaktion.

Eifriger Leser. Erste Anfrage: Sie haben ganz recht! Herr Stein hat bei der entscheidenden Sitzung der Gemeinde am 1. 12. 30 gefehlt, weil er jedenfalls nicht der Stein des Anstoßes werden wollte.

Zweite Anfrage: Warum der Vorsitzende die ungehörigen Anzapfungen des Verordneten, Herrn Rosenfelder, gegen die Ostjuden, welche doch auch Mitglieder der Gemeinde sind, ungerügt gelassen hat, ist uns nicht bekannt.

Dritte Anfrage: Der Zwischenruf ist bezeichnend für die Geistesrichtung mancher liberaler Verordneten. Als Herr Kestenbaum erwähnte, daß doch immerhin ein Ostjude ein jüdisches Krankenhaus errichtet habe, erfolgte, wie Sie richtig angeben, von einem liberalen Verordneten der Zwischenruf: „Wir haben doch unser städtisch-christliches Krankenhaus, und ein anderes war nicht nötig!“ Auch auf diesen Zuruf, der doch immerhin für das Ehrenmitglied der Gemeinde etwas kränkend ist, reagierte der Vorsitzende nicht im mindesten.

Vierte Anfrage: Es wundert uns nicht, daß die Protokolle in der Gemeindefassung selbstverständlich nicht genau dem Inhalt der Reden nach wiedergegeben sind, da diese nur auszugsweise veröffentlicht werden. Wenn Sie die Protokolle z. B. im Dresdner Gemeindeblatt nachlesen, ergibt sich, daß die Dresdner jüdische Gemeinde in dieser Beziehung etwas genauer ist.

Fünfte Anfrage: Der einzige Liberale, der trotz Fraktionszwang den Saal vor der Abstimmung verlassen hat, war Herr Moritz Ury.

Eingesandt!

In der Gemeindefassung vom 18. 12. 30 erregte es allgemeine Heiterkeit, als Herr Kestenbaum seinen Wiedereintritt in die demokratisch-orthodoxe Fraktion bekanntgab. Herr K. mag sich trösten, da sein Austritt von jedem ehrlich denkenden Menschen überhaupt nicht ernst genommen wurde. Sein ganzes Verhalten in der Wahlrechtsfrage trägt wirklich nicht dazu bei, das Ansehen der Orthodoxie irgendwie zu heben. Wer sich der Wahlversammlungen und der Wahlflugblätter erinnert, mit welchem starken Protest seinerzeit Herr Kestenbaum für die entrechteten Juden eingetreten ist, kann jetzt nur ein tiefes Mitgefühl mit dem Verhalten des Herrn K. empfinden. Es wird Aufgabe der orthodoxen Herren sein, hier ein ernstes Wort zu sprechen, damit es nicht den Anschein erweckt, als ob die ganze Orthodoxie hinter Herrn Kestenbaum und seiner orthodox-demokratischen Fraktion steht.
Ein orthodoxer Wähler.

Kritik der Woche

Der ZVL-Ball 1930

Wir wollen nicht der ZVL irgendeinen Vorwurf machen: sie ist ja immer bestrebt, ihre alljährlichen Festprogramme von den auserlesensten Kräften bestreiten zu lassen. Daß dieses Jahr die Darbietungen dennoch kein künstlerisches Ereignis wurden, lag wohl mehr daran, daß man sich zu sehr auf alle möglichen Kritiken verließ und nicht selbst

Altes Theater

Im Alten Theater wurde als Weihnachtspremiere der schon dem Namen nach vielversprechende Schwank „Hochzeitsreise“ von den amerikanischen Autoren Mathews und Nichols aufgeführt. Regie und Hauptrolle lag in Händen Robert Meyns, der es ausgezeichnet verstand, die zahlreichen humorvollen Szenen wirkungsvoll herauszustrichen und dem Publikum zu herzlichem Lachen Gelegenheit zu geben.

Stofflich ist der Inhalt, der eine Verwechslungsangelegenheit mit allen ihren komplizierten Situationen wiedergibt, von anderen Schwänken kaum zu unterscheiden. Trotzdem weist dieses Stück eine eigene Note auf, die, auf amerikanischem Boden gewachsen, gegen amerikanische Prüderie gerichtet ist. So kommt es, daß ein angeheiterter junger Kavalier aus dem Schlafer wachend, sich in einer Schiffskabine befindet, in der er eine reizende, jedoch ihm vollkommen fremde junge Dame findet. Diese Nacht, die die beiden in der Kabine verbrachten, führte zu zahllosen Komplikationen. Immerhin kam es zu einem happy end, das zwischen Frohsinn und Lachen nicht anders denkbar war. Und das war doch, zwischen Weihnachten und Silvester, schließlich der Hauptzweck.

Keren Kajemeth Lejirael (Jüdischer Nationalfonds e. V.), Leipzig, Keilstraße 4, Telephon 10211, Postscheckkonto 53341.

Allgemeine Spenden: Dr. Stefan Löwengart, Fürth anl. Hochzeit Selinger Heimann 12, A. Ziege anl. Geburt seines Sohnes Theo 10, Max Engel anl. Geburt seines Sohnes Peter Adolf 10, S. Teitelbaum

anl. Geburt des Kindes 5, Ignaz Kramer gratuliert zur Hochzeit Dr. Kaufmann Monasch 1 Baum, Dr. A. Pietrkowsky und Frau gratuliert zur Hochzeit Dr. Kaufmann Monasch 1 Baum, insgesamt 12, Herr Bolz 1.

Zeire-Misrachi-Garten im Landau-Wald: 3. Bundestag des Zeire-Misrachi, bisher gesammelt 135.95.

Telegramme: 8.50.
Büchsen: A. Rose 2.50, K. Felber 1.34, I. Eichner 1.05, Salomon, Dr. M. Kahn, A. Puchs je 1, F. Stahl 0.65, unter 0.50 — 0.54.

Personenstandsrichten

Geburten: 8. Dezember, Abraham Rzepkowiez und Marianne geb. Moßner, Salomonstr. 25b, einen Sohn „Horst Edgar“.

Trauerungen: 23. Dezember, Fräulein Nunja Kuritzkes, Pregestr. 26, mit Herrn Dr. Siegmund Neumann, Luisenstr. 1b. — 23. Dezember, Fräulein Marianne Emilie Monasch, Lessingstr. 24, mit Herrn Zahnarzt Dr. Ernst Kaufmann, Leipzig. — Sonntag, 4. Januar, 3 Uhr nachm., Fräulein Bertha Graupen, Gr. Fleischergasse 10, mit Herrn Berthold Namm, Gr. Fleischergasse 10, in der Gemeindegynagoge. — Sonntag, 4. Januar, 4 Uhr nachm., Fräulein Regina Diamant, Nordstraße 11, mit Herrn Siegmund Seßler aus Hildesheim, in Leipzig, Nordstraße 11. — Sonntag, 11. Januar, 5 Uhr nachm., Fräulein Rosa Sternberg, Ranstädter Steinweg 14, mit Herrn Moritz Lastmann, Lange Str. 27, in der Gemeindegynagoge.

Gottesdienstlicher Anzeiger**Gemeindegynagoge**

Sabbatgottesdienst: Freitag, 2. Januar, Abendgottesdienst 16,30 Uhr mit Predigt (Rabbiner Cohn); Sonnabend, 3. Januar, Morgengebet 9 Uhr, Nachmittagsgottesdienst 16,30 Uhr, anschließend Lehrvortrag (Rabbiner Cohn): Die Propheten: Religion und Politik; Abendgottesdienst 17,30 Uhr.

Morgengottesdienst an Sonn- und bürgerlichen Feiertagen 8 Uhr, werktags 7,30 Uhr, Abendgottesdienst 16,30 Uhr.

Synagoge Ez-Chaim u. Talmud-Thora

Freitag, den 2. Januar 1931 abends 16,15 Uhr. Sonnabend, 3. Januar früh 8,30 Uhr, nachmittags 16 Uhr, Ausgang 17,03 Uhr. Wochentags früh 7,30 Uhr, abends 16,30.

Synagoge „Ohel Jakob“

Freitag, 16,15 Uhr, Sonnabend, 8,30 Uhr, Mincha 16 Uhr, Ausgang 17,03 Uhr. Wochentags 7,30 Uhr, Mincha 16,15 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge Chemnitz

Freitag, 18 Uhr, Gottesdienst, 20,30 Uhr, Sondergottesdienst. Sonnabend, 9 Uhr, Gottesdienst und Thoravorlesung. Schluß 17,04 Uhr. — Tägliche Gottesdienste: Sonntags 8,30 Uhr, Montag bis Freitag 8 Uhr und 16,30 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: Jakob Plaschmann, Leipzig, Gerberstraße 48-50 — Druck: W. Teicher Leipzig C 1, Weststraße 79.

3 LINDEN

Telefon 43543 u. 43856. Täglich 4,30 u. 8,15 Uhr. Preise: 1. Vorst. 0,50—1 Mk., 2. Vorst. 1—2 Mk., Sonn- u. Feiertags 2 Uhr, 5 Uhr und 8,15 Uhr. 1. Vorstellung 0,50—1 Mk.

Roschkals
Der Mann auf den Klötzen

Little Fred
Hunde-Dressur-Akt
Fußball-Match zwischen Bulldoggen

Ein Abend in einem amerikanischen **Tingel-Tangel** Eine Parodie, dargestellt von der Billy Devoy Comp.

Peter Piet
Das Original

Les Gerards
Der Maler mit der Pistole

Oskar Huszar Internationaler Tenor

Morris & Max
Die lustig. Akrobat.

Mary Blank & Co.
mit neuen Fangspielen

3 Nagels

Ikrische Spiele in höchster Vollendung!

Achtung! Heute das 600 Mark Weihnachtspreiswettbewerb täglich 20 Mark in bar für richtige Lösungen. Näheres in unsere Vorstellungen. Vorverkauf ab 10 Uhr an der Abendkasse sowie bekannte Vorverkaufsstellen.

Programm vom 1.-15. Januar

Lachen ohne Ende!



Albert Pickardt
Leipzig C1, Nordstr. 30
Fernsprecher 28267

Bürsten- und Pinselwaren

Inserieren bringt Gewinn!

Eugen Bornmüller
Nikolaistr. 55, Eingang Brühl empfiehlt
Parfümerie, Toilette-Artikel
Toiletten- und med. Seifen
Drogen

Gegen Fettleibigkeit
wirken am besten
Lauensteins vegetabilische
Reduktions-Tabletten
Tee / Massage - Creme
Allein echt

König-Saiomo-Apotheke
Postversand: Grimmaische Str. 17, Ecke Nikolaistr.

KAFFEEHAUS
Oskar Lindner

Nur feine Back- u. Konditoreiwaren eigener Herstellung
Reichsstraße 26 — Blücherstraße 22
Fernruf Nr. 21002

כשר Versende an כשר
Privatverbraucher
koscher geschlachtet und gesiegt
la Mastenten RM 1.20 p. Pfd.
la Mastgänse RM 1.10 p. Pfd.
franco unter Nachnahme
S. Woltschanskyt, Eydkuhnen Geflügel-Import

כשר
Stopf- und Mastgänse

Enten, Paten, Hühner, Tauben offeriert in la Qualitäten, kosher geschlachtet, gesiegt mit Hechsher zu billigsten Preisen.

N. Levy, Fraustadt Grenzmark,
Versand per Nachnahme

Achtung! Neueröffnung! Achtung!
Obst- und Südfrucht-Halle
„Centrum“
Konserven und Feinkost
Albert Kryzeminski, Leipzig C 1
Plauensche Straße 2

Weine vom Faß per Liter:

Montagne (spanischer Rotwein) Liter 1.10 M.
Tarragona 18% Alkohol Liter 0.95 und 1.40 M.
Malaga, golden Liter 1.40 M.
Jamaica-Rum-Verschnitt 38% Liter 3.80 M.
Deutscher Weinbrand-Verschnitt 38% Liter 3.55 M.
Nordhäuser Branntwein 32% Liter 2.70 M.
Französischer Rotwein (einschl. Flasche) 1/2 Flasche 1.40 M.
29er Gaubickelheimer Wiesberg (einschl. Flasche) 1/2 Flasche 0.75 M.

Weiß, Rot, Süd- und Schaumweine
Liköre, Spirituosen und Essenzen in reicher Auswahl zu den bekannten niedrigen Preisen und hervorragenden Qualitäten

HORN Wilhelm Horn
Johannisplatz 15
Gerberstraße 18
Neumarkt 3
Fernsprecher 38962

Neueröffnet: Elsterstr. 59

SCHILDER Transparente Lichtreklame
Dekorationsmalerei — Renovationen
Waldstraße 2
Ruf 25758
H. Klasing

Schweizer. Unternehmen der Uhrenbranche, in bester finanzieller Lage, mit Weltkundschaft, sucht zur Ausdehnung seines Wirkungskreises

Kapital-Beteiligungen
Sehr günstige Konditionen. Prima Referenz. Strengste Diskretion zugesichert. Jede gewünschte Auskunft bei Anfrage an Postfach 10.391, la Chaux-de-Fonds

Prüfen Sie

die Leistungsfähigkeit des jüdischen Handwerksmeisters und fordern Sie bitte bei Vergebung von **Klempner-, Installations- u. Dachdecker-Arbeiten** unverbindliche Kostenanschläge. Prompte Erledigung. Beste Referenzen stehen zur Verfügung.
Rösterstein, Klempnermeister, Löhstr. 11
Tel. 17556 - Büro u. Wohnung Reichsstraße 26